

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4,50 RM, monatlich 1,50 RM.
 frei ins Haus, vorausgehend Einzelne
 Nummern 10 Pf. Postbezug: Monatlich
 1,50 RM. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Ostereich-Ungarn
 2.— RM, für das übrige Ausland
 4,50 RM monatlich. Bestand ins Feld
 bei direkter Bestellung monatlich 1,50 RM.
 Postbestellungen nehmen an: Dänemark,
 Holland, Luxemburg, Schweden
 und die Schweiz. Eingetragen in die
 Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Geschäftsamt täglich.
 Kriegsmann - Druck
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die erste Spalte der ersten Zeile kostet
 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das
 ist gedruckt Wort 20 Pf. (zählend
 2 geteilte Worte), jedes weitere
 Wort 10 Pf. Güteranzeigen und
 Geschäftsanzeigen das erste Wort
 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf.
 Worte über 15 Buchstaben zählen für
 zwei Worte. Teuerungszulage 20%.
 Familien-Anzeigen 50 Pf.,
 politische u. gewerkschaftliche Verbands-
 Anzeigen 40 Pf. die Zeile. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmitt. im Hauptgeschäft,
 Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, ab-
 gegeben werden. Bestzeit von 8 Uhr
 früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. **Mittwoch, den 27. Februar 1918.** Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Bedingungen des deutsch-russischen Friedens.

Im Reichstag erklärte am Dienstag bei der Beratung des Reichshaushaltsentwurfs der Stellvertreter des Staatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Freiherr von dem Bussche-Goddenhausen, folgendes:

Von verschiedenen Seiten ist der Wunsch geäußert worden, das Ultimatum kennen zu lernen, das von den russischen Delegierten angenommen worden ist. Ich erlaube mir dieses Ultimatum bekanntzugeben. Es lautet:

Deutschland ist bereit, unter folgenden Bedingungen mit Rußland die Verhandlungen wieder aufzunehmen und Frieden zu schließen:

1. Das Deutsche Reich und Rußland erklären die Beendigung des Kriegszustandes. Beide Nationen sind entschlossen, fortan in Frieden und Freundschaft zusammen zu leben.

2. Die Gebiete, die westlich der den russischen Vertretern in Brest-Litowsk mitgeteilten Linien liegen und zum russischen Reich gehört haben, werden der territorialen Hoheit Rußlands nicht mehr unterstehen. Die Linie ist in Gegend Dünaburg bis zur Ostgrenze Lettlands zu verlegen. Aus der ehemaligen Zugehörigkeit dieser Gebiete zum russischen Reich werden ihnen keinerlei Verpflichtungen gegenüber Rußland erwachsen. Rußland verzichtet auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse der Gebiete. Deutschland und Osterreich-Ungarn beabsichtigen das künftige Schicksal der Gebiete im Benehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen.

Deutschland ist bereit, sobald der allgemeine Friede geschlossen und die russische Demobilisierung vollkommen durchgeführt ist, das östlich der obengenannten Linie gelegene Gebiet zu räumen, soweit sich nicht aus Artikel 3 etwas anderes ergibt.

3. Livland und Estland werden von russischen Truppen und Roter Garde unverzüglich geräumt und von deutscher Polizeimacht besetzt, bis Landeseinrichtungen die Sicherheit gewährleisten und die staatliche Ordnung hergestellt ist. Alle aus politischen Gründen verhafteten Landesbewohner sind sofort freizulassen.

4. Rußland schließt sofort Frieden mit der ukrainischen Volksrepublik. Ukraine und Finnland werden ohne jeden Verzug von russischen Truppen und Roter Garde geräumt.

5. Rußland wird alles in seinen Kräften Stehende tun, um alsbald die ordnungsmäßige Rückgabe der ostanatolischen Provinzen an die Türkei sicherzustellen und erkennt die Abschaffung der türkischen Kapitulationen an.

6. a) Die völlige Demobilisierung des russischen Heeres einschließlich der von der jetzigen Regierung neu gebildeten Heeresreste ist unverzüglich durchzuführen.

b) Die russischen Kriegsschiffe im Schwarzen Meere, in der Ostsee und im Bismeer sind entweder in russische Häfen zu überführen und dort bis zum allgemeinen Friedensschluss zu belassen oder sofort zu desarmieren. Kriegsschiffe der Entente in russischen Reichweite sind wie russische Kriegsschiffe zu behandeln.

c) Die Handelsflotten der Schwarzmeeres- und Ostseeflotte sind wieder aufgenommen, wie es im Waffenstillstandsvertrage vorgesehen war. Das Wiedereintritt in die Ostsee beginnt sofort zu beginnen. Das Sperrgebiet im Bismeer bleibt bis zum allgemeinen Friedensschluss bestehen.

7. Der deutsch-russische Handelsvertrag von 1904 tritt wie in Artikel VII Ziffer 2 A des Friedens mit der Ukraine wieder in Kraft, unter Wegfall der im Artikel II Ziffer 3 Absatz 3 des Handelsvertrags vorgesehenen besonderen Vergünstigungen für asiatische Länder. Ferner wird der ganze erste Teil des Schlussprotokolls wieder hergestellt. Dazu kommen: Sicherung der Ausfuhrfreiheit und Ausfuhrzollfreiheit für Erze, alsbaldige Verhandlung und Abschluß eines neuen Handelsvertrags, Sicherung der Weisbegünstigung bis mindestens Ende 1925 auch für den Fall der Kündigung des Protokolls, endlich Bestimmungen entsprechend Artikel VII Ziffer III Ziffer IV A Absatz 1 und Ziffer V des Friedens mit der Ukraine.

8. Die rechtspolitischen Angelegenheiten werden geregelt auf Grundlage der Beschlüsse erster Lesung der deutsch-russischen Rechtskommission, soweit Beschlüsse noch nicht gefaßt sind, also insbesondere Ersatz von Zivilschäden auf Grundlage der deutschen Vorschläge, Ersatz der Aufwendungen für Kriegsgefangene auf Grund des russischen Vorschlags. Rußland wird deutsche Kommissionen zum Schutz deutscher Kriegsgefangener, Zivilpersonen und Rückwanderer zulassen und nach Kräften unterstützen.

9. Rußland verpflichtet sich, jegliche amtliche oder amtlich unterstützte Agitation oder Propaganda gegen die verbündeten Regierungen und ihre Staats- und Heereseinrichtungen auch in den von den Centralmächten besetzten Gebieten einzustellen.

10. Vorstehende Bedingungen sind in 48 Stunden anzunehmen. Russische Bevollmächtigte haben sich unverzüglich nach Brest-Litowsk zu begeben und binnen drei Tagen den Frieden zu unterzeichnen, der innerhalb weiterer zwei Wochen ratifiziert sein muß. (Lebhafte Beifall bei den bürgerlichen Parteien, Bischen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die russische Delegation, zu der auch Herr Trotski und Herr Joffe gehören sollen, ist bereits von Petersburg abgereist. Sie hat aber einen unfreiwilligen Aufenthalt erlitten nördlich von Pskow dadurch, daß dort eine Brücke gesprengt worden ist. Sie werden aber im Laufe dieser Nacht oder im Laufe des morgigen Tages in Brest-Litowsk eintreffen. In Brest-Litowsk ist die deutsche und österreichisch-ungarische Delegation bereits versammelt. Die türkische und bulgarische Delegation werden im Laufe des heutigen Tages dort eintreffen. (Lebhafte Beifall bei den bürgerlichen Parteien, Bischen bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Genosse Scheidemann hat gestern in seiner Rede die sehr notwendige Feststellung getroffen, daß die deutsche Politik gegen Rußland nicht die Politik der deutschen Sozialdemokratie ist. Diese Feststellung wird man nach Kenntnisnahme des oben wiedergegebenen von der Petersburger Regierung angenommenen Ultimatums doppelt und dreifach unterstreichen müssen.

Die Bedingungen des Ultimatums enthalten in territorialer Beziehung keine große Abweichung gegenüber den Forderungen in Brest-Litowsk. Nur bei Dünaburg ist noch eine „Grenzregulierung“ vorgenommen worden. Livland und Estland werden bis zu einem unbestimmten Zeitpunkt okkupiert. Zweifellos werden unsere Alldeutschen alle Hebel ansetzen, um aus dieser Okkupation eine Annexion werden zu lassen. Um diese Gebiete dürfte also noch ein heftiger politischer Kampf entbrennen.

Ebenso wird das Verhältnis der von Rußland abgetrennten Gebiete zu Deutschland und Osterreich-Ungarn noch den Gegenstand lebhafter politischer Auseinandersetzungen bilden, das die einen so lose, die anderen so fest wie möglich zu gestalten wünschen.

Neu ist u. a. die Verpflichtung Rußlands, die Ukraine und Finnland unverzüglich zu räumen und mit der Ukraine sofort Frieden zu schließen. Eine solche Auflage, Frieden mit einem Staat zu schließen, dessen Grenzen gegenüber dem verpflichteten Staat noch gar nicht festgestellt sind, ist wohl noch in keinem Friedensvertrag dargegeben.

Die russische Regierung verpflichtet sich ferner, fortan mit Deutschland in Frieden und Freundschaft zu leben und die revolutionäre Auslandspropaganda einzustellen. Sie verpflichtet sich weiter, die völlige Demobilisierung des russischen Heeres einschließlich der von der jetzigen Regierung neu gebildeten Heeresreste durchzuführen.

Als Folge dieses Friedensvertrages ist der — über kurz oder lang doch unausbleibliche — Sturz der Bolschewiki-Regierung voranzufahren. Die ihr folgende Regierung wird dann die von ihr übernommenen Verpflichtungen auf sich nehmen müssen, da ihr die Nachmittel fehlen werden, um eine Revision zu erzwingen.

Wie sich aber später die Dinge entwickeln werden, wenn Rußland reorganisiert sein wird oder was sonst noch für Zwischenfälle auf dem Weg zum allgemeinen Frieden aus diesem Sonderfriedensvertrag entstehen mögen, das kann kein Mensch voraussagen.

Der Augen, den das Deutsche Reich aus der Neuregelung der Verhältnisse im Osten ziehen soll, ist umso weniger klar, als die Art der Beziehungen, welche die neuen Staaten mit den Mittelmächten verbinden sollen, noch völlig im Dunkel

liegt. Umso klarer treten für unsere Betrachtungsweise ihre Gefahren hervor: die Verflechtung der Friedensausichten im Westen und die Unsicherheit des abgeschlossenen Friedens im Osten. So lebhaft wir wünschen, daß diese Besorgnisse unbegründet sein mögen und so sehr wir bestrebt sein wollen, die vorhandenen Gefahren zu verringern, so muß doch mit schärfer Deutlichkeit gesagt werden: der Weg, der da beschritten worden ist, ist nicht der unsere, wir haben davor gewarnt, ihn zu betreten.

Ob die Änderungen im Osten auf Annexionen hinauslaufen werden, ist noch ungewiß, für Rußland aber gleichgültig. Wenn Deutschland geschlagen worden wäre und Elsass-Lothringen und die Rheinprovinz hätte ausgeben müssen, so konnte es auch um ziemlich gleich bleiben, ob diese abgetrennten Gebiete selbständig oder französisch geworden wären. Gerade dieses Beispiel aber bringt uns in Erinnerung, daß es schließlich nicht die einzige Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft im Kriege war und ist, Annexionen zu verhindern, die von deutscher Seite verübt wurden, sondern daß sie auch die Aufgabe hatte und hat, Annexionen auf Rußland Deutschlands zu verhindern. Die Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft ist aber durch diese Doppelseitigkeit unendlich schwierig und nahezu unlösbar geworden, und wenn wir aufrichtig genug sind, zu sagen, daß dieser Ausgang der Dinge im Osten ein Mißerfolg unserer Bestrebungen ist, so wollen wir gleich hinzufügen: dennoch ist dieser Mißerfolg nicht der schlimmste der uns treffen konnte. Hätte uns das Schicksal wirklich nur die Wahl zwischen zwei Uebeln gelassen, so wäre das jetzt eingetretene das kleinere gegenüber dem, daß es Deutschland ergangen wäre wie Rußland.

Petersburg, 26. Februar. (Nachung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Auf Anordnung des Rates der Volksbeauftragten ist eine Abordnung nach Brest-Litowsk geschickt worden, um den von der deutschen Regierung vorgeschlagenen und in der Sitzung vom 24. Februar 4 Uhr morgens vom ausführenden Hauptauschuß angenommenen Frieden zu unterzeichnen. Mitglieder der Friedensdelegation sind: Trotski, Volksbeauftragter für auswärtige Angelegenheiten, Tscherscherin, Sokoloff, Petrowski und Algejew, Mitglieder der Partei der Sozialrevolutionäre der Linken, ferner Delegationssekretär Kacogan, Joffe und militärische Sachverständige.

Der zweite Tag der Etatsdebatte

Scheidemann über den Streik.

Nach parlamentarischen Vorspielen, deren wichtigstes, die Mitteilung Herrn v. d. Busches über den Ostfrieden, wir an anderer Stelle behandeln, bekam die gestrige Etatsdebatte Schwung und Bedeutung durch die groß angelegte Rede unseres Genossen Scheidemann. Der sozialdemokratische Redner legte noch einmal die Grundlinien unserer auswärtigen Politik dar unter scharfer Hervorhebung ihrer Unterschiede von der Regierungspolitik. Dann ging er auf die innere Politik über, in deren Mittelpunkt er die große Streikbewegung der jüngsten Zeit stellte.

Wenn hier gleich nach seiner Bewegung gefragt wurde, die Sozialdemokratie denke nicht daran, sich auf die Bank des Angelegten zu setzen, sondern sie werde im Reichstag als Anführerin hervortreten, so ist diese Voraussetzung durch Scheidemanns Rede bestätigt worden. Die Ausführungen, in denen Scheidemann nachwies, daß das an sich erträgliche Uebel dieses Streiks durch die verkehrtesten Maßnahmen der Behörden unendlich vergrößert worden ist, waren zwingend und machten auf die gedrängte Zuhörerschaft, auch außerhalb der sozialdemokratischen Bänke, starken Eindruck. Mancher, der die Ereignisse bisher nur durch die stark gefärbten Brillen der Presse betrachten durfte, wird sie jetzt, nach dieser befreienden Aussprache, mit ganz anderen Augen ansehen.

Die Kritik des sozialdemokratischen Redners schenkte, von ganz oben angefangen, keine ein Wort. Besonders die militärischen Behörden mußten sich manches sagen lassen, worauf in der gestrigen Sitzung keine Antwort erfolgt ist. Es wäre auch ungereimt, wenn die verantwortliche Regierung für die Tätigkeit dieser Behörden einen Schein von Verantwortung übernehmen wollte, da sie eine wirkliche Verantwortung für sie doch nicht trägt und gar nicht tragen kann. Ein Rufus des Parteiausschusses, dessen Veröffentlichung die Genkur verboten hatte, wurde durch Verlesung von der Reichstagstribüne der Öffentlichkeit unterbreitet. Der Uninn der Genkur wird damit geradezu handgreiflich deutlich: wenn man im Reichstag eine solche Rede halten kann, wie sie Scheidemann hielt — und es ist ein Glück, daß man sie halten kann! — welchen Zweck hat es dann, der Kritik in der Presse so enge Handbänder aufzuzwingen? Im Interesse ihrer eigenen Würde müßte die Presse alles aufbieten, daß der ungeheure Abstand zwischen den Freiheitsrechten, die ihr und dem Parlament eingeräumt sind, zu ihren Gunsten verkleinert wird.

In schärfster Weise nahm Scheidemann die Arbeiter gegen den Vorwurf des Landesverrats in Schutz, und damit hat er ihnen gewiß aus der Seele gesprochen. Mit ebenso großer Schärfe lehnt er es ab, bezüglich der Haltung der Partei, und besonders auch des „Vorwärts“, mit dessen Leidensgeschichte er sich ausführlich befahte, ein Wort zu sagen, aus dem auch nur der Schein einer Entschuldigung herausgelesen werden konnte. Er stellte fest, daß wir nichts anderes getan haben, als was unsere Pflicht war.

Herrn Wallraf's Verteidigungsrede blieb matt. Wer bestreitet, daß die Volkswirtschaftsblätter losgelassen haben und daß das Ausland an inneren Wirren in Deutschland Freude hat? Bestritten wird, und zwar mit zwingender Beweisführung, daß diese Umstände für die Entstehung des Streiks von entscheidender Bedeutung gewesen sind. Nicht entkräften kann der Staatssekretär des Innern den Vorwurf, daß wesentlich durch seine Schuld der Streik verlängert worden ist. Er findet zum Schluß schwachen Beifall — und den Dank des Herrn v. Seydewitz, den er wohl verdient hätte.

Mit nicht geringer Spannung hatte das Haus die Antwort des konservativen Parteiführers auf die geistige Rede des Vizelandes erwartet. Der Effekt wurde durch den Umstand gesteigert, daß ursprünglich Graf Westarp als konservativer Fraktionsführer vorgesehen war, aber zurücktreten mußte. Doch wenn man daraus schloß, daß Herr v. Seydewitz einen besonders genialen Schachzug vorhatte, den auszuführen er einem seiner Subalternen nicht zutraute, so sah man sich bald enttäuscht. Herr v. Seydewitz gefiel sich gegenüber dem Vizelandes in einem Ton schulmeisterlicher Belehrung, schüttelte den Januschauner leicht ab und hätte im übrigen nur die Sorge zu haben, daß sich der Skandal vom Montag nicht wiederhole.

Graf Serfling, der zum Schluß noch zu kurzer Rede das Wort ergriff, kommentierte die Rede Payers etwas beschwichtigend, ohne jedoch sachlich von ihr abzurücken und ließ die Konservativen zurück mit dem Stachel im Herzen.

Die Friedensverhandlungen in Bukarest.

Das ungarische Grenzschutzverlangen.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Budapest berichtet: Aus den Kreisen der Regierung verlautet über die ungarischen Bedingungen bezüglich der mit Rumänien einzuleitenden Friedensverhandlungen, daß das Hauptverlangen Ungarns in der Schaffung eines solchen natürlichen Schutzes der Grenze gegen Rumänien besteht, durch den es unmöglich gemacht wird, daß ein hinterlistiger, mehrschichtiger lauernder Nachbar von heute auf morgen wieder die Grenze durchbricht. Annerionsabsichten hat Ungarn nicht. Aber an dieser strategischen Grenzberichtigung müsse festgehalten werden, um Ungarn gegen einen neuen Raubüberfall zu sichern.

Die Stellungnahme der führenden Politiker in der rumänischen Frage ist eine einheitliche. Graf Andraffy erklärte, Ungarn könne von einer Grenzkorrektur nicht absehen. Auch Graf Tizsa fordert Bürgschaften Rumäniens, um eine eventuelle Gefährdung Ungarns für die Zukunft zu verhüten.

Nach dem „Berliner Lloyd“ verlautet, daß demnächst Ministerpräsident Dr. Bekerle sich nach Bukarest begeben soll.

Der Bürgerkrieg in Rußland.

Petersburg, 24. Februar. (Meldung der Petersburger Telegrafengesellschaft.) Die Einnahme von Kozow am Don, die am 23. Februar durch Sowjetstruppen erfolgte, wird bestätigt. Die Straßenkämpfe, in denen die Sowjetkräfte erfolgreich waren, sind beendet.

Kämpfe in Bessarabien.

Wien, 26. Februar. Die Kämpfe zwischen bolschewistischen und rumänischen Truppen in Bessarabien dauern fort und nehmen den Charakter von Guerillakämpfen an. Besonders häufig sind die Kämpfe in Nordbessarabien. Während der letzten Kämpfe in Kischinew brach an mehreren Stellen Feuer aus, wodurch großer Schaden angerichtet wurde. Die Rumänen schleppen systematisch alle Vorräte aus Bessarabien nach der Moldau fort, weil sie im Falle des Abgeschnittenseins Nahrungsmittelmangel befürchten. Die bessarabische Regierung ist zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken und steht den streitenden Parteien völlig machtlos gegenüber.

Die österreichische deutsche Sozialdemokratie und der Cholmer Zwischenfall.

Wien, 25. Februar. Budgetausgleich des Abgeordnetenhauses. Bei der Verhandlung des Budgetprovisoriums erklärte der Abgeordnete Renner: Die deutschen Sozialdemokraten stimmen ausdrücklich für das Budgetprovisorium, nicht zugunsten der Regierung, sondern im Interesse der Erhaltung des Parlaments sowie, weil sie den Frieden nicht durch den Cholmer Zwischenfall stören lassen wollen.

Der Deutsche Bacher vertrat die Forderung nach einer selbständigen Provinz Deutsch-Böhmen und erklärte: Was die Deutschen für Deutsch-Böhmen wollen, billigen sie den Tschechen für ihr Gebiet zu.

Nachdem noch eine Anzahl Redner gesprochen hatte, wurde die Sitzung ohne Beschlußfassung über das Budgetprovisorium geschlossen. In der morgigen Plenarsitzung beginnt die zweite Lesung des Budgetprovisoriums.

Die kolonialpolitischen Forderungen der Ententesozialisten.

Bolschewistische Passiverweigerung.

Aus der Meldung des Kopenhagener Ridau-Bureaus über die Londoner Ententesozialistenkonferenz geht hervor, daß die Resolution dieser Tagung auch auf die Frage der Kolonialgebiete eingeht. Sie sagt:

Die Konferenz ist der Ansicht, daß die Zurückgabe der eroberten Kolonien, ihr Austausch oder Ersatz notwendig ist und kein Hindernis für den Frieden sein darf. In diesen Gebieten muß allen Nationen gleiches ökonomisches Recht gesichert werden. Das tropische Afrika soll unter ein Kontrollsystem gestellt werden, das von der Liga der Nationen zu errichten ist.

Merkwürdig ist, daß das Reuter-Bureau die Mitteilung dieser Forderungen vollständig unterdrückt. Aber das paßt zu der Taktik, die der britische Imperialismus durch den ganzen Krieg hin mit starrer Konsequenz befolgt hat.

Die Einnahme von Reval — Heftiger Widerstand bei Pskow und am Pripet.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 26. Februar 1918. (W. L. S.)

Deftlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Eichhorn.

Sier Tage nach Ueberschreiten des Maon-Sundes haben gestern vormittag die auf Reval angediehen Truppen — Infanterie, Kavallerie und Maschinengewehrtruppen an der Spitze — unter Führung des Generalleutnants Frhr. v. Sedendorf nach Kampf die Festung genommen.

In Livland haben viele Städte bei unserem Einzuge gefolgt, zahlreiche durch Plünderungen verhäßte Landeseinwohner wurden befreit.

Südlich von Pleskau (Pskow) liegen unsere Regimenter auf hartem Widerstand. In heftigem Kampf schlugen sie den Feind. Die Stadt wurde genommen.

Heeresgruppe Linzinger.

Feindliche Kräfte warfen sich unseren in der Ukraine längs des Pripet vordringenden Abteilungen bei Kolenkowskij entgegen. In schnellem Angriff wurde der Feind geworfen, Stadt und Bahnhof erlöhnt.

In wenigen Tagen haben die Truppen der Heeresgruppe Linzinger zu Fuß, mit der Bahn und auf Kraftwagen unter großen Anstrengungen und Entbehrungen mehr als 300 Kilometer zurückgelegt. Im Verein mit ukrainischen Truppen haben sie große Teile des Landes von plündernden Banden befreit.

Die ukrainische Regierung hat in den vom Feinde gefänderten Gebieten die Ruhe und Ordnung wiederhergestellt.

An Gefangenen wurden an der Ostfront neuerdings eingebracht: 3 Divisionsstämme, 180 Offiziere und 3676 Mann. Gefangenzahl und Beute und Reval und Pleskau lassen sich noch nicht übersehen.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister, Ludendorff.

Abendbericht.

Berlin, 26. Februar 1918, abends. Amtlich.

Die Operationen im Osten nehmen den beabsichtigten Verlauf.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der österreichische Bericht.

Wien, den 26. Februar 1918. Amtlich wird verlautbart:

Westlich der Brenna scheiterte ein Vorstoß der Italiener. Der Chef des Generalstabes.

Rotterdam, 25. Februar. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Auf der Interalliierten Sozialistenkonferenz hat Camille Huysmans ein Telegramm vorgelesen, aus dem hervorgeht, daß die Menschewiki und die russische Sozialrevolutionäre Partei Delegierte für die Konferenz ernannt hatten, daß ihnen aber von den Bolschewiki die Pässe verweigert wurden.

Giftige Gase im Unterhause.

London, 25. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Im Unterhause fragte ein Abgeordneter, ob etwas an der Meldung wahr sei, daß die deutsche Regierung durch neutrale Kanäle die Anreicherung gegeben habe, daß der Gebrauch von giftigen Gas verboten werden sollte, ferner ob und welche Stellung die englische Regierung zu diesem Vorschlag einnehmen wolle. Donar Law antwortete, daß die deutsche Regierung keine derartige Anreicherung in gleichviel welcher Weise gegeben habe.

Ein anderer Abgeordneter fragte, ob Donar Law endgültig mitteilen wolle, daß die englische Regierung den Gebrauch von giftigen Gas während des Krieges nicht aufgeben werde, und ob es nicht eine Tatsache sei, daß England besseres Gas und bessere Abwehrmittel besäße als die Deutschen, was der Grund für ihre Beschränkung sei.

Donar Law antwortete, er wünsche, er könne davon ebenso überzeugt sein wie der betreffende Abgeordnete. Falls die Deutschen jemals einen solchen Vorschlag machen, so würden sie dies tun, weil sie glauben, daß sie nicht das bessere Gas besäßen. Er sei aber nicht sicher, daß das nicht eine Hinterhältigkeit sei.

Der Krieg auf den Meeren.

Die Leistung des Wolf.

Berlin, 26. Februar. E. M. Hilfskreuzer Wolf hat in Durchführung der ihm übertragenen Aufgaben mindestens 35 feindliche oder für den Feind fahrende Handelsschiffe mit einem Gesamttonnagehalt von

mindestens 210 000 Br.-R.-T.

vernichtet oder so schwer beschädigt, daß ihre Wiedererwendung für längere Zeit ausgeschlossen ist. Es handelt sich vorwiegend um große wertvolle englische Dampfer, deren gleichwertiger Ersatz in absehbarer Zeit nicht möglich ist. Mehrere dieser Dampfer waren besetzt englische Truppentransporter; ihr Untergang hat entsprechende Menschenverluste zur Folge gehabt. Ferner sind durch die Kriegsmassnahmen des Hilfskreuzers der japanische Linienschiffskreuzer Haruna von 28 000 Tonnen Wasserverdrängung und ein englischer oder japanischer Kreuzer, dessen Name nicht festgestellt werden konnte, schwer beschädigt worden.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

New York, 25. Februar. Reuter meldet amtlich: Der deutsche Hilfskreuzer Wolf versenkte während seiner 15monatigen Kreuzfahrt veranlaßt 11 Schiffe im Indischen und im Stillen Ozean und machte die Besatzung zu Gefangenen.

Diese Schiffe, die seit langem als vermißt gemeldet werden, sind die Dampfer Tarritalle, Jamne, Nordworth, Dee und die Segelschiffe Korum, Rindlow, Entree, Matuna, Hirsch, Waru und Jogh Rendi. Die Tarritalle, die ein unbewaffnetes Handelsschiff, nicht ein Kreuzer war, wurde vom Wolf im Februar 1917 gelapert und eine deutsche Preisbesatzung an Bord gebracht. Die Tarritalle wurde dann zum Wismar ausgeholfen, aber wenige Tage darauf von einem britischen Kriegsschiff

gestellt, worauf die Preisbesatzung die Tarritalle versenkte und selbst zu Gefangenen gemacht wurde.

Berlin, 25. Februar. Im Sperrgebiet um England wurden von unseren U-Booten fünf Dampfer und zwei Fischerfahrzeuge versenkt.

Zwei Dampfer wurden aus Geleitzügen herausgeschossen. Die Fischerfahrzeuge waren der englische Segelschiff-Doller und der französische Segelschiff Maroonin.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus, das am Dienstag nach mehrwöchiger Pause wieder zusammengetreten ist, überwiegt nach kurzer Erörterung einen Antrag des Reichstags bez. Staatsbeiträgen an Leistungsschwache Gemeinden, damit sie ihren Beamten auskömmliche Kriegerunterstützungen zuteil werden lassen können, an die Kommission. Derauf begann das Haus die zweite Lesung des Etats und erledigte in rascher Reihenfolge beinahe eine große Reihe kleinerer Etats. An der Abgabe einer Erklärung über den Frieden und gegen den Frieden mit der Ukraine wurden die Polen durch den Präsidenten, dem sich die Mehrheit des Hauses anschloß, gehindert. Da die frühere Praxis dahin geht, daß es unzulässig ist, bei der Beratung des Etats der auswärtigen Angelegenheiten beratende Fragen zu besprechen.

Rechtlicher ging es bei der Beratung des Etats der Justizverwaltung zu, bei dem Genosse Haentisch auf die sozialen Verhältnisse der Verbrechen hingewiesen und die von konservativer Seite vertretene Theorie der Strafe als Vergeltung scharf abgelehnt. Die Kräfte, die unter Genosse anführt, die gegen Sozialdemokraten gefaßt sind, beweisen, daß auch im Zeitalter der Neuorientierung in vieler Beziehung alles beim alten geblieben ist. Größtes Aufsehen erregte namentlich das vom Redner vorgelegte Urteil des preussischen Kammergerichts wegen der Zwangs- und Fürsorgeerziehung für Kinder von Sozialdemokraten als zulässig erklärt aus keinem anderen Grunde, als weil der Vater Sozialdemokrat ist und nach Ansicht des Kammergerichts daher seine Kinder nicht im vaterländischen Geiste erziehen könne!

Das Wutgeschrei derer von gestern.

Die Wirkung, die Payers Reichstagsrede auf die Organe der Rechten ausgeübt hat, ist über alle Maßen groß. Die Herren, die es noch vor nicht langer Zeit für eine Selbstverständlichkeit hielten, daß die Minister nach ihrer Weise tanzen, haben sich zu ihrem Entsetzen von dem Vizelandes des Deutschen Reichs von der Reichstagstribüne herab angegriffen. Damit befindet sich die Rechte zum ersten Male in einer Situation, die die Sozialdemokratie seit Jahrzehnten gewohnt war. Wir haben's gelassen, ertragen, aber die Rechte kann es nicht fassen. Der Wechsel der Zeiten ist rascher gekommen, als die Konservativen ihr bisheriges Gehirn umstellen konnten. Ihre Presse freischt, tobt und faucht wie ein hysterisches Frauenzimmer, das Schreikrämpfe kriegt.

Neuerlich betrachtet ist es ein gewaltiger Pressedruck, der gegen Herrn v. Payer die Lärmtruppe bläst. Aber man darf sich nicht durch die Zahl der Blätter verblüffen lassen. Besitzt doch z. B. die Sozialdemokratie, hinter der drei Viertel der Berliner Bevölkerung stehen, in Berlin nur ein einziges Blatt. Dabingegen verfügt die Rechte, die wohl kaum ein Fünftel der Berliner Bevölkerung zu ihrem Wahlschein rechnen darf, über fast ein Dutzend Berliner Presseorgane. Allein die Schwerindustrie und die Vaterlandspartei hatten drei bis vier Blättchen aus, deren kümmerliches Gewächs ohne diese beträchtliche Gelddüngung auf dem Berliner Pflaster längst verdorrt wäre.

Sämtliche Buttrasereien der vereinigten alldeutschen Presse hier anzuführen, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Man könnte acht Zeitungsseiten damit füllen. Nur einige Ueberschriften, die alles weitere vermuten lassen: „Ein schwarzer Tag am Königsplatz“ — „Herr v. Payer als Minister für Provokationen“ — „Eindeutscher Skandal“ — „Will die Regierung den inneren Krieg?“ — „Scherben“ — „Eine kleine Blütenlese der Präsidale, die Herr v. Payer erhält: „Vaterpolitische Klopffichte“ („Deutsche Tageszeitung“) — „verbissener Parteimann“ — „er stand am Rednerpult als Aufsichtsrat der „Frankfurter Ztg.“ („Deutsche Zeitung“) — „Donat übelster Demagogie“ („Berliner Neuzeit Nachrichten“) — „Vizelandes für die Uneinigkeit des deutschen Volkes“ („Berliner Lokal-Anzeiger“) — „Das letztgenannte, schwer-industriell aufgekauft Blatt erklärt die Wirkung der Payerschen Rede für ein verächtliches Zeugnis für seine staatsmännische Befähigung. Die „Kreuzzeitung“ spricht von Payers „Anmaßlichkeit“, erklärt, Payers Rede sei mehr als eine ungeschickte Entgleisung gewesen, die „unerhörteste Herausforderung“. Die „Deutsche Zeitung“, das Leitblatt der Vaterlandspartei, will bereits ans Ministerstürzen gehen. Sie schreibt:

Da eine Uebersetzung des Gegenstückes zwischen dem Vizelandes von Payer und der rechten Seite des Hauses noch dem Verhallen des Herrn von Payer vom geistigen Tage ausgeschlossen erscheint, sieht man es in den weitesten parlamentarischen und politischen Kreisen bis hoch in die Regierung hinauf für das im deutschen Interesse Notwendige an, daß Herr von Payer seinen Posten, dem er so gar nicht gewachsen ist, verläßt.

Das alldeutsche Blatt befindet sich in einer völligen Verwechslung der Begriffe. Die von ihm geschilderte Uebersetzung herrscht nur bei einer verschwindenden Minderheit des Reichstags, den fünf Dutzend der Abgeordneten der Rechten. Ein Rücktritt Payers würde für den Fortgang der innerpolitischen Verhältnisse die allererschwerendsten Folgen haben.

Besonders ist gegenüber diesem mißtönenden Chorus zu beachten, daß die Rechte mit ihren Niederbrüllversuchen durchaus nicht den erwarteten Eindruck erzielt hat, nicht einmal auf ihre eigenen Freunde. So schreibt der frei-konservative Freiberger Otto v. Redlich in der „Post“: Die würdelose Lärmzene, welche die Konservativen am Schluß seiner Rede herbeiführten, war zweifellos einer haarscharf balancierten Partei nicht würdig. Sie war auch tatsächlich völlig verfehlt, weil sie den Gegnern nur neue Waffen liefert; aber man wird anerkennen müssen, daß der Vizelandes die äußerste Rechte in seiner Rede auf das äußerste und in unverantwortlicher Weise gereizt hatte.

Diese Belehrung der Rechten durch einen der Ihren erbringt es uns, selber ein Wort über das Verhalten der Konservativen im Reichstags zu verlieren. — Ein deutscher Staatsmann, der mit dem Volke regieren will, wird jedenfalls die „würdelosen Lärmzenen“ der Konservativen ebenso wenig fürchten dürfen, wie das heilere Wutgeschrei ihrer Presseleute.

aus den Reihen der Parteien Minister genommen werden, die Verständigung non staten geht. Nur eine große Schatten-
seite des parlamentarischen Systems ist und gestern recht drastisch
vor Augen geführt. Die Vertreter der Regierung fühlten sich
nicht als Vertreter des ganzen Volkes, auch der Arbeiter, son-
dern vertreten eine einseitige Parteilichung. Wenn ich die Rede des
Bischoffs im „Berliner Tageblatt“ oder in einer fortschrittlichen
Wahlversammlung gehört hätte, würde ich mich nicht wundern.
Wie aber ein Minister eine solche Rede halten kann, die jedes
Vertrauen zu ihm bei der Minderheit von vornherein untergraben
muß, ist mit dem Standpunkt eines Staatsmanns unverständlich.
(Sehr gut rechts.) (Abg. Dawid: Er muß so reden, wie die „Kreuzzeitung“ schreibt.)
Ich habe Herrn Bayer immer für einen besonnenen Mann gehalten,
aber er scheint auf dem Wege vom Parlamentarier zum
Bischoff doch ein ganz Teil Besonnenheit verloren zu haben.
(Sehr gut rechts.) Was seine Ausführungen über das preu-
ßische Wahlrecht anlangt, so ist es ein eigen Ding, wenn man
als Richter über ein Gesetz über innere Einrich-
tungen dieses Staates spricht. Der Deutsche Reichstag hat gar
kein Recht, sich in preußische Einrichtungen zu mischen. Aus
diesem Grunde erlaube ich mich hier auch, Ihnen einen sonst viel-
leicht ganz interessanten Ueberblick zu geben über das, was
auf dem Gebiete sich vielleicht noch ereignen kann. Ich bedauere
sehr, daß der Bischoff diese Entschaltung nicht geübt hat. (Sehr
gut rechts.) Wenn man, wie gesagt, nicht Preusse ist und preußische
Verhältnisse nicht aus eigener Anschauung kennt, so hätte man doch
die Gefühle Preussens so weit schonen sollen, daß man ihnen solche

Bismarck eines Württembergers

erwartet hätte. (Große Heiterkeit links.) Noch schlimmer war die
Behandlung, die der Bischoff der Rechte angedeihen ließ
gegenüber dem großen Bedürfnis unserer Zeit nach Einigkeit. Er
sprach vom Bürgerkrieg und erfüllte ihn dadurch, daß er eine par-
teipolitische Agitationsrede schlimmster Art hielt. (Lebhafte Zu-
stimmung rechts, große Murmel bei der Mehrheit.) Wenn ein Bi-
schöf sich hier hinstellt und einer großen Richtung im Volke den
Vorwurf macht, daß sie den Frieden und die Ruhe des Deutschen
Reiches in dieser kritischen Zeit gefährde (Lebhafte Zustimmung
links: Dann hat er recht), dann muß er sagen, inwiefern das der
Fall ist. Was hat er denn da ausgeführt? Es seien Kriegs-
ziele aufgestellt, die die Gemüter gefährlich erregt hätten. Ein
Kriegler wie Bismarck hat sich gefreut, als das deutsche Volk ener-
gische Ansprüche gegenüber Frankreich stellte, er sah darin eine
Stärkung seiner diplomatischen Tätigkeit. Was Ansprüche
einzelner in Versammlungen betrifft, so will ich sie gar nicht ent-
schuldigend. Da wird jede Partei in diesem Hause vor ihrer eigenen
Luz zu stehen haben. Ich vermute es auch, wenn man politischen
Gegnern unpatriotische Motive unterstellt. Der Bi-
schöf hätte es dann aber auch verurteilen müssen, daß von der
anderen Seite uns Kriegsverlängerung aus rein
egoistischen, pekuniären Motiven vorgeboten wird.
Das ist ein unglaublicher Vorwurf. Der Bischoff hat dann die
deutsche Vaterlandspartei auf eine Stufe gestellt mit der Un-
abhängigen Sozialdemokratie. Das ist

ein Affront (sonderbar).

(Lebhafte Zustimmung rechts.) (Abg. Lebebour: Das ist eine
Ehre für Sie.) Glauben Sie, daß das unsere Gemüter nicht
erregen muß. Aber der Bischoff ist noch weiter gegangen: er
hat diese Richtung auf eine Stufe gestellt mit den Streitenden.
(Gut! bei den Sozialdemokraten.) Das ist geradezu em-
pörend für unser Empfinden, wenn er Leute mit Landes-
verrätern auf eine Stufe stellt, die sich stets als treue Vater-
landsfreunde erwiesen haben. Ich muß annehmen, daß dem
Reichskanzler die wohlworbereitete Rede des Bischoffs
vorgelesen hat. Diese Rede mußte die Uneinigkeit fördern in einer
Stunde, wo das Deutsche Reich die Einigkeit nötig braucht. Wie
man das vom Standpunkt des ersten Beamten des Reichs vertreten
kann, ist für mich und meine Freunde unverständlich. Wir
würden lieber geschwiegen haben, aber solche Vorwürfe darf man
nicht auf sich sitzen lassen. (Abg. Lebebour: Es machen wir es
auch. Große Heiterkeit.) Aber ich will nicht mit diesem Nihilismus
schließen. Wir alle sind bereit, unsern Teil dazu beizutragen,
daß die gewaltigen Opfer, die bisher gebracht worden sind, uns auch
wirklich zum Siege führen. Wir wollen die Mühseligkeiten, die
das Leben im Innern mit sich bringt, ruhig ertragen, solange bis
der Friede errungen ist, der wert ist der Opfer, die das deutsche
Volk gebracht hat. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Reichskanzler Graf Hertling:

Die Stimmung, die gestern am Schluß der Verhandlungen her-
vortrat und jetzt aus der Rede des Vorredners so deutlich heraus-
spricht, ist doch nicht berechtigt. Wenn die Herren die Güte
hätten, die Rede des Bischoffs noch einmal in aller Ruhe
nachzulesen, wie ich es heute getan habe, so werden sie finden,
daß sie die Rede nicht ganz richtig aufgefaßt haben. Der Vorredner
meinte, der Bischoff wolle der äußersten Rechten beistimmen,
ihre Kriegsziele mit aller Entschiedenheit anzugeben. Das ist ein
Irrtum. Der Bischoff hat ausdrücklich gesagt, daß die Kriegs-
ziele der Diskussion auf beiden Seiten vollständig freigegeben sind
und sein sollen. Ferner hat der Bischoff ausdrücklich betont, daß
er eine Kompetenz des Reichs in der inneren Politik eines Bundes-
staates nicht beanspruche. Er hat sich nur insoweit in die Frage
des Wahlrechts eingemischt, als diese Frage tatsächlich auch weite
Kreise der Bevölkerung des Deutschen Reichs
außerhalb Preussens beschäftigt. (Sehr wahr! h. d. Mehrheit.) Ich
würde es sehr begrüßen, wenn die Herren sich entschließen könnten,
das Kriegsziel doch nun einmal zu begründen und
friedlich mitzuarbeiten. Wir wollen nichts anderes als eine Politik
führen, die das deutsche Volk einig zusammenhält, die
hinter der Front in Waffen eine einmütige Front im Innern dar-
stellt. Auch der letzte Vorwurf des Vorredners trifft nicht zu, der
Bischoff hat ausdrücklich in diesem Falle einen Strich ge-
macht und hat gesagt — auch außerhalb der Streit-
bewegung sind rechts und links zu weitgehende Äußerungen ge-
fallen. Also ich bitte Sie nochmals, das Kriegsziel jetzt zu
begreifen. (Lebhafte Zustimmung rechts.)
Die weitere Beratung wird auf Mittwoch 11 Uhr vertagt.
Schluß 6 Uhr.

Groß-Berlin

Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenunterstützung nach dem Kriege.

Die Frage der Arbeitsbeschaffung, der Arbeitsvermittlung und
etwaiger Arbeitslosenunterstützung zur Zeit der Demobilisa-
tion war Gegenstand einer Beratung von Vertretern der Groß-
Berliner Gemeinden. Wie der Vorsitzende Stadtrat Fischbeck mit-
teilte, hat der Berliner Magistrat bereits vor längerer Zeit sämt-
liche städtischen Werks- und Bauverwaltungen zum Verzicht darüber
veranlaßt, welche geistigen Arbeiten bei Beginn der Demobilisa-
tion in Angriff genommen werden könnten, und er sucht, be-
sonders für die erste Zeit solche Arbeiten vorzubereiten, bei denen
eine Materialverwendung weniger in Frage kommt, wie Erd-
arbeiten und dergleichen. Weiter wurde mitgeteilt, daß seitens
des Berliner Magistrats Schritte getan sind, im Rahmen des
nördlichen Verbandes für Arbeitsnachweis eine engere Zusammen-
fassung der Groß-Berliner Gemeinden auf dem Gebiete des Ar-
beitsnachweises zu bewirken. Hinsichtlich der Arbeitslosen-
fürsorge herrscht Uebereinstimmung darüber, daß für die erste
Zeit nach dem Kriege eine solche im Wege der Verschärfung
nicht möglich sei, daß vielmehr im Wege der Arbeits-
losenunterstützung nach dem während des Krieges geschaffenen
Vorstände unter weitgehender Beihilfe des Reichs und Staates in
Kaisers Abhilfe geschaffen werden müsse. Man einigte sich darin,

die Frage des Arbeitsnachweises und der Arbeitslosenunterstützung
weiterhin gemeinschaftlich zu behandeln, zu welchem Zweck eine
siebenköpfige Kommission eingesetzt wurde, die aus Vertretern der
Gemeinden Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln, Nichten-
berg, Köpenick und Weihensee besteht. Die Frage der Arbeits-
beschaffung soll zur weiteren Verfolgung den einzelnen Gemeinden
überlassen bleiben. Die eingesetzte Kommission wird auch Ge-
legenheit nehmen, sich mit den sonst interessierten Kreisen, insbe-
sondere auch den Arbeitgebern und den Organismen der Arbeit-
nehmer, welche letztere ihre Wünsche den Groß-Berliner Gemeinde-
vorständen bereits unterbreitet haben, in Verbindung zu setzen.

Rentenschulderei der Berliner Armenverwaltung.

Wenn ein Rentempfänger die Hilfe der Armenpflege genießt,
hat die Gemeinde das Recht, durch Beschlagnahme seiner Rente sich
möglichst zu entschädigen. Ramentlich gegen Anstaltsinsassen schreibt
die Berliner Armenverwaltung ohne viel Gaudern zur Rentenbean-
spruchung, ausgehend von der Erwägung, daß der in einer Anstalt
untergebrachte Hilfsbedürftige auf Stadtkosten mit allem Notigen
versorgt werde. Im Verwaltungsjahr 1915/16 hat sie aus Ueber-
weisung von Renten, die im Bezirk des Versorgungsamtes Berlin
bewilligt worden waren, den ansehnlichen Betrag von 267 651 M.
eingekommen. Bei solchen Einbehaltungen von Renten oder Renten-

◆ ◆ ◆
Gerne
gebe Jeder
goldene Gegenstände
gegen
gute bare
Geldvergütung
der Goldankauffstelle!
◆ ◆ ◆

anteilen kommt es nicht selten zu Härten, die der Betroffene als
sehr bitter empfand. Aus dem Arbeitshaushospital der
Stadt Berlin lösten wir, das man einem Wanne sogar für die Zeit
eines mehrere Monate dauernden Urlaubs, den er bei Verwandten
zubrachte, seine Invalidentrente vorenthalten hat. Selbst das
Zustandsgeld von 1 M. im Monat, das man ihm bis dahin aus
seiner beschlagnahmten Rente gewährt hatte, soll für die Urlaubs-
monate in die Kasse der Armenverwaltung geflossen sein. Wie leicht
wird die Armenverwaltung antworten, daß die Gemeinde auch so
noch lange nicht die volle Vergütung der für den Anstaltsinsassen
gemachten Aufwendungen erhält, die weit über den Gesamtbetrag
seiner Rente hinausgehen. Das trifft zu, aber daß es recht sei,
ist deshalb auch in den außerhalb der Anstalt zu-
gebrachten Monaten die Rente zu nehmen, wird
man uns nicht glauben machen. In diesem Verfahren liegt eine
ganz besondere Härte, deren schlaunigste Vereitelung nur eine
Forderung der Gerechtigkeit ist.

Um die Einkommensteuer der Großen Berliner Straßenbahn.

Der Bezirksausschuß Berlin hatte bereits für die 10 Jahre
1902—1911 darin erkannt, daß die Einkommensteuer aus dem Be-
triebe der Großen Berliner nach einem dreifachen Maßstab, nach den
unbebauten (Gleis-)Plätzen, den bebauten und Betriebsflächen, auf
die einzelnen Gemeinden, die zu keiner Einigung kommen konnten,
zu verteilen sei. Die Folge dieser rechtskräftig gewordenen Ent-
scheidung war damals, daß mehrere Gemeinden 284 241 M. über-
hörende Steuern zurückzahlen mußten. Auch für das Steuerjahr 1912
entschied der Bezirksausschuß, daß die Verteilung der insgesamt
820 000 M. Beitragenden Einkommensteuer der Straßenbahngesell-
schaft nach demselben Maßstab zu erfolgen habe, wobei das
Direktionsgebäude am Leipziger Platz als besondere Betriebsstätte
berechnet und der hierauf entfallende Steueranteil zugunsten Berlins
abgezogen wurde. Dieweil haben sich aber Berlin, Schöneberg,
Pankow und Tempelhof mit der Entscheidung des Bezirksausschusses
nicht zufrieden, sondern legten unter verschiedener Begründung
Reklamation beim Oberverwaltungsgericht ein. Diese ist zurück-
gewiesen und das Urteil des Bezirksausschusses Berlin vom
9. November 1915 bestätigt worden. Die Folge dieser Entscheidung
ist, daß mehrere Gemeinden rund 40 000 M. zuviel erhaltene Ein-
kommensteuer an die Große Berliner Straßenbahn zurückzahlen
haben.

Recht Rücksicht auf die Arbeiter! Man schreibt uns: Der Unter-
grundbahnverkehr zwischen Bismarckstraße und Reichskanzlerplatz
findet bekanntlich meistens durch Fembelzüge statt. Morgens, wenn
die aus Berlin kommenden Arbeiter der Luftfahrzeug G. m. b. H.
diese Strecke benutzen müssen, spielen sich auf dem Umsteigebahnhof
Bismarckstraße regelmäßig die wüßesten Szenen ab. Alles drängt
in die zwei Wagen des Zuges, die die Menge der Fahrgäste nicht
zu fassen vermögen. Häufe und blaue Fiedel sind die Morgenatmosphäre,
die die Arbeiter dort vor Beginn ihres schweren Tagewerkes in
Empfang nehmen müssen. Wäre es nicht möglich, daß die Direktion
der Hoch- und Untergrundbahn auch morgens, wie sie es abends
schon tut, 8 Wagen statt der ungenügenden 2 verkehren ließe?

Die Infektionskrankheiten im Säuglings- und Kleinkinderalter
wird Dr. Koll in einem öffentlichen Vortrag am Donnerstag, den
28. abends 7 Uhr, in der Wanderausstellung für Säuglingsfürsorge
zu Neukölln, Mariendorfer Weg 28—38, behandeln. Am Freitag,
den 1. März, abends 7 Uhr, wird dort Oberarzt Dr. Kost über
Todesursachen im Säuglingsalter sprechen. Der
Besuch dieser Vorträge und auch der Ausstellung ist frei. Eintritts-
karten für die Vorträge sind im Ausstellungsbureau zu haben.

Die Konsumgenossenschaft Berlins und Umgegend teilt in einem
Inserat der heutigen Nummer mit, daß sie wegen Mangel an
Kohlenzufuhr ihren Kaderbetrieb nicht auf-
rechterhalten kann.

Warnung an Gemütskranke. Der amtlichen Nichtpreise
für Gemütskranke werden häufig detart überschritten, daß sich die
Reichsstelle für Gemüts- und Dohr genügt sieht, dagegen auf das
Schärfste einzuschreiten. Die Schuldigen werden unmissverständlich den
Strafgerichten ausgeliefert (Höchststrafe: ein Jahr Gefängnis nebst
10 000 M. Geldstrafe und entschuldigungsloser Eingekerkung der
Sommermonate), die Handelsbetriebe polizeilich geschlossen sowie die
Vorräte beschlagnahmt und einer amtlichen Stelle zwecks Veräuße-
rung zu den Nichtpreisen unmittelbar an die Verbraucher über-
wiesen. Diese Maßregeln sind schon mehrfach durchgeführt worden,
auch in Groß-Berlin. Auf irgend welche Rücksicht darf nicht mehr
gerechnet werden. Es wird daher dringend vor Ueberschreitungen
gewarnt.

Gegen den Lastenausgleich durch die Provinz. Der Vorstand
der Berliner Paroxygengesellschaft hat folgenden Bescheid
erlassen: Der vom Provinzialverband geplante Lastenausgleich er-
scheint unvollkommen, da ihm die Steuerkraft der Stadt Berlin
nicht nutzbar gemacht wird und mangels eines festen Verteilungs-
maßstabes den Einzelgemeinden keine genügende Gewähr für die
Wahrung ihrer Interessen gegeben zu sein scheint. Er bedeutet
außerdem nur ein Teil der dringend notwendigen Lösung der Groß-

Berliner Frage, die nur in einer den tatsächlichen Verhältnissen
Rechnung tragenden Gemeinschaft zwischen Berlin und den Vororten
— bei grundsätzlicher Wahrung der Selbstständigkeit der Vororte —
gesehen werden kann. — Dieser Bescheid ist dem Minister des Innern
und dem Provinziallandtag mitgeteilt worden.

Ein Zweckverband im Osten von Berlin ist von den Gemeinden
Trepow, Niederlehndeweide, Johannisthal, Adlershof, Grünau, Alt-
glienicke, Dohmsdorf, Rudow, Schönefeld, Waltersdorf, Schulzen-
dorf, Samoderwitz, Eichwalde, Müggelheim mit den Gutsbezirken Grünau-
Dahmer Forst, Waltersdorf und Schulzenhof gegründet worden, um
für einen etwaigen Fehlbeitrag im Vermögen der dort errichteten
Allgemeinen Krankenanstalt einzutreten. Die Verwaltung wird in
Adlershof geführt.

Schöneberg. Die Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich
mit der Etatsrede des Bürgermeisters Kadowicz. Der Redner
führte aus, daß den Mehreinnahmen erhebliche Mehrausgaben gegen-
überstehen, die dazu zwingen, die Einkommensteuer von 170 auf
190 Prozent zu erhöhen. Jodel (liberal) erklärt, für die Ge-
höbungen einzutreten. Die Gemeinden müssen sorgsam auf das Selbst-
verwaltungsrecht acht geben. — Genosse Koss betont, daß es der
Regierung und deren ausführenden Organen nicht ernst mit dem
Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden sei. Es muß anerkannt
werden, daß die Stadt erhebliche Kriegskosten zu tragen
hat, aber trotzdem muß an eine Neuordnung der Gehälter und Löhne
herangetreten werden. Auch die Zulagen werden erhöht werden
müssen. Ebenfalls sollen die sozialen Aufgaben weiter ausgebaut
und mehr Frauen zur Mitarbeit herangezogen werden. Genosse
beantworte, daß die Einkommen bis 1500 M. steuerfrei bleiben.
Weitere Anträge werden bei der Beratung eingebracht. — Vern-
stein (l. S.) schlägt sich diesen Ausführungen an. — Der Etat
wurde dem Ausschuss überwiesen. — Hierauf begründete Jodel
die vom Ausschuss für Uebergangswirtschaft beschlossenen Maß-
nahmen. Die Finanzen der Stadt wiesen gewaltige
Fehlbeiträge auf, zu deren Deckung man außerordentliche Steuern
und eine vollständige Umänderung der Finanzreform werde ein-
führen müssen. Die Uebernahme von Mühlen, Herstellung von
Brot, Abgabe von Kaffee, Wein, Bier, Reis, Kohlen, Fleisch sowie
das Versicherungswesen gehört zu den Aufgaben der Stadt. Der
Ausschuß schlägt folgende Leitätze vor: 1. Ausländische Pro-
dukte sind von den Produzenten oder der Importge-
sellschaft direkt zu beziehen. 2. Inländische Produkte sind
von den Produzenten in der Weise zu beschaffen, daß
die produzierenden Gemeinden sich genossenschaftlich organisieren
und ihre Erzeugnisse an die Gemeinden abführen. 3. Der Vertrieb
an die Konsumenten vollzieht sich durch den Kleinhandel, die Konsum-
genossenschaft und städtische Verkaufsstellen. Auch die städtische
Frischkäse- und das Meiselmehl sollen mehr ausgebaut werden.
Dr. Kettlin (Fr. Frk.) lehnt diese Maßnahmen ab, da durch sie
der Kleinhandel ruiniert werde. — Jodel betont, daß alles das
für eine Stadt nicht geeignet wäre. Günstiger könne man die Rolle
in eigene Regie übernehmen. — Genosse Käfer weist nach,
daß der Kleinhandel nicht ausgeschaltet, sondern ihren Fähigkeiten ge-
mäß in günstigere Positionen kommen werden, als bisher. Die
Leitätze wurden angenommen. — Nachdem beschlossen worden war,
den Arbeiterausschuß um zwei Mitglieder aus dem Krankenhaus zu
verklären, wurde die Sitzung geschlossen. — In die Friedhof-
deputation wurde Genosse Czerninski an Stelle Hoffmann (l. S.)
und in die Kunstdeputation an Stelle Bernheim (l. S.)
Genosse Rottländer gewählt. Die von der sozialdemokratischen
Fraktion vorgeschlagenen Bürgerdeputierten wurden durch Zettel-
wahl abgelehnt. Zwei Unabhängige gaben weiche Zettel ab und einer
wählte die bürgerlichen Kandidaten.

Wilmersdorf. Nahrungsmittel für Kinder. Auf die durch die Brot-
kommissionen am 11. und 12. Februar ausgegebenen Bezugscheine
für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre über 1 Pfund Nahrungsmittel
gelangt in der Zeit vom 27. Februar bis einschließlich 6. März
1 Pfund Castermel oder 1 Pfund Casterflocken zum Preise
von 0,70 M. bzw. 0,68 M. zur Ausgabe.

Neukölln. Lebensmittel. Bis Donnerstag müssen die auf die
Spezialkartenbesitzer Nr. 8 entfallenden Sondermengen in den ein-
schlägigen Geschäften abgeholt werden.

Nichtenberg. Massenpeisung. Vom 1. März ab wird Essen in
die nördlichen Stadtteile ausgefahren werden. Es sind folgende
Haltestellen in Aussicht genommen: Müllendorf-Ede Müllergasse,
Müllendorf-Ede Scheffelstraße, Müllendorf-Ede Rittergutstraße und
Röderplatz. An der ersten Haltestelle wird der Wagen etwa von 1/2
bis 7/12 Uhr, an der zweiten von 12 bis 1/1 Uhr, an der dritten
von 1/1 bis 1/1 Uhr und an der vierten von 1 bis 1/2 Uhr halten.
Wer sich an der Einrichtung beteiligen will, hat jeweils am Tage
vorher eine Karte für den nächsten Tag zu lösen. Der Verkauf der
Karten erfolgt am Wagen. Der Preis beträgt 50 Pf. für die Liter-
portion. An Lebensmittelkarten sind wöchentlich 6 Kartoffel- und
4 Fleischmarken abzugeben. Die Ansätze des Wagens wird durch
Klingelzeichen bekannt gegeben werden. Am ersten Tage werden
die Speisen ohne vorherige Lösung einer Karte abgegeben.

Spandau. Auslandsweiskohl. Gegen Abrechnung von Feld 46
der Lebensmittelkarte darf 1 Pfund zum Preise von 80 Pf. ab-
gegeben werden.

Zehl. Aus der Gemeindevertretung. Einem Buchhändler wurde
die Genehmigung zur Aufstellung von Risikos zum Verkauf von
Zeitungen und Büchern verweigert auf ein Jahr ab 1. April 1918
erteilt. Für Einleitung hilfsbedürftiger Kinder, die Eltern die
Schule verlassen, wurden 500 M. bewilligt. Für die freiwillige
Jugendpflege beantragt der Bezirksausschuß Mittel bereit zu stellen.
Das in Aussicht genommene Heim soll täglich zwei Stunden abends
geöffnet sein. Von unseren Genossen Haffes und Waska werden
2000 M. Zuschuß verlangt. Die Angelegenheit wird der Finanz-
kommission überwiesen. Zur Unterbringung von Kindern auf dem
Land werden 5000 M. für die Ferienkolonien 2500 M. bewilligt.
Schließlich wird noch die Einrichtung einer Schutzreparatur-Annah-
stelle beschlossen.

Groß-Berliner Parteinahrichten.

Berlin VI. Am Sonntag findet die Erntewahl im 84. Kom-
munalwahlbezirk statt. Bis dahin sind noch dringende Wahlarbeiten
zu leisten. Zur Erledigung dieser ersuchen wir die Genossen des
Kreises, sich heute abend 7 Uhr im Wahlbureau bei Obigo,
Straßburger Straße 11, zahlreich einzufinden.

Berlin IV. Straßauer Bierfest. Donnerstag, 28. Februar, abends
pünktlich um 8 Uhr, Extrazugabend bei Kleinig, Simon-Dach-
straße 24, Ecke Revaler Straße. Wichtige Angelegenheiten unseres
Bierfests.
Der Bierfestleiter.

Weihensee. Wen wählen wir in den Reichstag?
lautete das Thema, über das Genosse Koss am 25. in einer
öffentlichen Wählerversammlung sprach. In eindrucksvollen
Worten schilderte der Redner die Tätigkeit der Fronten während
des Krieges, die darauf angelegt war, erstens unser Land vor der
Invasion feindlicher Millionenheere zu schützen und zweitens
an Reformen im Innern heranzuholen, was dringend nö-
tig war. Bis weit her das durch den immerwährenden Druck auf die
Regierung gelungen ist, beweisen die neuesten Reden der Kanzler
Hertling und Bayer. Diese Politik unbehört weiter zu führen
und den Druck auf die Regierung durch massenhaften Lei-
tritt zu den Organisationen zu verstärken, ist Aufgabe der
arbeitenden Klassen Deutschlands, wie es ebenso ihre Pflicht ist, im
Kreise Niederbarnim bei der bevorstehenden Wahl für den kon-
sequenter Vertreter dieser Politik, Rudolf Wiffel, einzutreten.
In der Diskussion sprach seitens der Unabhängigen Kadowicz

Zweiter Tag der Etatsdebatte.

Scheidemann (fortfahrend):

Sollen wir in diese Zeit hinein den Haß der ganzen Welt, mit dem wir heute befaßt sind, weitertragen? Wahrscheinlich, es wäre an der Zeit, daß aus unserem Lande

von entscheidender Stelle andere Worte

in die Welt hinauszugehen, als Worte der Einschüchterung und des Besenknisses zum Evangelium der Macht. Worte, die Vertrauen erwecken, den zerbrochenen Glauben an Menschheit und Menschlichkeit aufrichten und die an eine nahe, bessere Zukunft der Welt glauben lassen. (Lebhafte Zustimmung links.)

Statt dessen haben wir vor kurzem eine Rede gelesen müssen, worin der Welt verflucht wurde, wir würden ja schon mit ihr Frieden schließen, aber erst müßte sie anerkennen, daß wir gestiegen hätten. Wir haben schon lange nichts mehr gelesen, dessen Ton so unerträglich und dessen Inhalt so unpolitisch gewesen wäre, wie der dieser Rede. (Erneute lebhaft Zustimmung links.)

Vielleicht ist es an der Zeit, daran zu erinnern, daß alle Parteien in diesem Hause, die konservativen durch den Mund des Herrn von Heubrand im November 1908, jener Stelle etwas mehr Zurückhaltung empfohlen haben. (Sehr gut! h. d. Sozialdemokraten.)

In einer Zeit, in der Friedens- und Kriegsströmungen bei unsrer Gegnern so heftig miteinander ringen wie gegenwärtig, sollte jedes Wort, das von autoritativer Stelle gesprochen wird, auf die Goldwaage gelegt werden. (Sehr richtig!)

Daß dies leider nicht geschehen ist, muß ich hier für den großen Teil des Volkes, den wir vertreten, auf das bestimmteste erklären, daß wir die Anschauungen, die in jener Rede ausgesprochen worden sind, nicht teilen (Groses Beifall bei den Sozialdemokraten), daß wir sie vielmehr entschieden ablehnen. (Erneutes Bravo.) Wir wollen keine Demütigung des Geistes, wir wollen keinen Machtfrieden, der nur durch Gasgranaten errungen und aufrecht erhalten werden kann.

Wir wollen den Frieden, der auf Freiheit, Freundschaft und gegenseitigem Vertrauen der Völker beruht.

Wenn uns einmal das Volk die entscheidende Kraft geben soll, die wir heute noch nicht haben, so werden wir alles tun, um einen solchen wirklichen Frieden herbeizuführen. (Groses Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Von der auswärtigen Politik leitet ein sichtbarer Faden nach der inneren Politik hinüber. Haben wir doch auch hier im Innern inmitten des furchtbaren Krieges mit einem System zu kämpfen, das nicht darauf ausgeht, Freundschaft und Vertrauen im Volke zu gewinnen, das vielmehr seine ganze Hoffnung auf die Gewalt stützt. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Dies System hat einen seiner höchsten Triumphe gefeiert

bei der letzten Streikbewegung.

Wir scheint, daß wir da etwas ganz Kebnliches erlebt haben wie in der auswärtigen Politik; die Politiker werden vom Militär ganz einfach überannt. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Ich will die Ursachen dieser Bewegung, über die hier bereits verschiedenes gesagt worden ist, nicht noch einmal in allen Einzelheiten aufzählen. Sie sind ja wohl zum Teil auch darüber informiert. Einige Andeutungen müssen genügen. Eins will ich vorausschicken. Keine Herren, wenn Sie sich nicht — ich finde keinen geeigneten Ausdruck, ich will sagen: Wenn Sie sich nicht der ganzen Welt gegenüber lächerlich machen wollen, so reden Sie niemals davon, daß bei dem Ausbruch dieses Streiks etwa ausländisches Geld eine Rolle gespielt hat. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Ich spreche kein Wort mehr darüber aber ich finde es unbegreiflich, wie Herren, die man sonst ernst nimmt, überhaupt mit derartigen Dingen operieren können. (Erneute Zustimmung, Lachen, Rindisch.)

Die Ursachen des Streiks lagen zunächst in den überaus stürmischen Ernährungsverhältnissen. Man glaubt nicht im Volke, daß die Regierung alles getan hat, um jedem einzelnen das zu sichern, was ihm bei rückwärtslosem Vorgehen gesichert werden könnte. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Der Reichstag kann auch heute noch alles haben, dem Arme fehlt selbst das Notwendigste. Wenn deshalb bei den Arbeitern vorüber Unruhe ausbricht, so sollten das auch die Herren der äußersten Rechten, und gerade diese sehr gut verstehen. Hat doch der Abg. Koeslitz im Ernährungsbericht am 22. d. M.

mit dem Unwillen und dem Nachlassen der Arbeitslust und Arbeitsmöglichkeit der Schlosserjunge gebrüllt,

falls man sie ebenso stellen wollte wie alle übrigen, die keine Selbstvergifter sind. (Lebhaftes Hört! Hört! links.) Ich will im Rahmen dieser Debatte nicht ausführlich auf diese Materie eingehen. Was die städtische und ländliche Arbeiterschaft, die unteren und mittleren Beamten, der ganze kleine Mittelstand, die Handwerkermeister usw. jetzt an Entbehrungen ertragen müssen und mit bewundernswürdiger Geduld ertragen, das ist doch etwas mehr als was den Landwirten zugemutet wird. (Sehr wahr! links.)

Wie das Land darauf reagiert, wenn ihm auch nur das genommen werden soll, was gebraucht wird, wenn die Arbeiter so ernährt werden sollen, daß sie überhaupt noch Granaten drehen können, das hat

ber Sozial in Straubing

bewiesen, über den die „Münchener Post“ neulich berichtete, wo die Bauern der Gegend gegenüber, die kam, um 100 Rentner Reich, das verschiedenen Bauern dort gehörte, zu holen, die Straßen verharzt haben und sie mit Beschimpfungen und Drohungen einfielen, so daß die Vertreter der Behörde unberühmter Dinge a die hien mußten. Alle Wohnungen, ihre vaterländische Pflicht zu erfüllen, praktizieren bei diesen Bauern wirkungslos ab. Der Reichstagsabgeordnete Laux hat ihnen jüngst ordentlich die Weichen gestellt, das es höchst unrichtig sei, am Vormittag mit dem Rosenkranz in die Kirche zu gehen und am Nachmittag den nord-eutschen Hamstern Edmüllers zu lauten Preisen zu verkaufen. (Heiterkeit und Sehr wahr! links.)

Ich gehe nicht so weit zu sagen, daß das allgemein so ist. Aber es ist ein Beispiel für viele, die ich anführen könnte. Hat schon einer von den Herren (nach rechts), die doch auch von solchen Fällen gehört haben, dann über Landesverrat und Justizhankrägen geschrieben? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Nach glaube es nicht. Wenn aber städtische Arbeiter einen Tag die Arbeit ruhen lassen, dann wird schon von Landesverrat gesprochen. Doch diese seit Jahren währenden Ernährungschwierigkeiten waren nur eine Ursache des Streiks. Es gab mehrere, die Entlastung über die, wie man glaubt vermeidbare Kriegsverlängerung, die

Empörung über die Wahlrechtsverfälschung, die geradezu aufpeitschende Wirkung der Kämpfe um die Rechte der Frauen im Herrenhause in einer Zeit, wo das Blut des Volkes in Strömen fließt. All das hat mitgewirkt. Es kam der österreichische Streik. Die österreichische Regierung empfing die Streikenden und gab beruhigende Erklärungen. Komme die Nachahmung des österreichischen Beispiels in Deutschland vorzuziehen werden? Ich will die Frage nicht entscheiden, jedenfalls gehörte eine Kluge und besonnenere Politik dazu, um es zu vermeiden. In dieser Situation hat

die Militärzensur das Unmöglichste getan, was man sich ausdenken konnte. (Lebhaft Zustimmung h. d. Soz.) Sie verbot den Zeitungen, über die österreichischen Vorgänge zu berichten. Was ist damit erreicht worden. Daß die Öffentlichkeit in Deutschland erst ein paar Tage später davon erfuhr,

daß bis dahin die wildesten Gerüchte im Umlauf waren, an denen die Phantasie sich entzünden konnte. Als der „Vorwärts“ die österreichischen Ereignisse beileibe nicht etwa in einem Bericht erwähnte, sondern nur kurz beiläufig andeutete, wurde er von der Militärzensur verboten. Ich, der ich die Stimmung draußen kannte, der ich über diese Stimmung in Ihrer oder Gegenwart wiederholt geredet hatte, ich kam in demselben Augenblick zu der Überzeugung: Jetzt ist ja ein großes Geschehen geradezu provoziert worden. Ich war darauf gefaßt, daß nun das kam, womit ich nicht gedroht, sondern wovor ich gewarnt hatte.

Es ist eine schamlose Lüge, daß die Arbeiter mit dem Streik landesverräterische Absichten gehabt hätten.

(Sehr wahr! bei den Soz.) Flugblätter, die einen dahin zielenden Inhalt haben, haben gar keinen Eindruck bei den Arbeitern gemacht. Flugblätter, von denen niemand weiß woher sie kommen, deren Hauptinhalt darin bestand, daß man uns, die man Regierungsozialisten nennt, mörderlich beschimpft. Nein, ihrem tiefen, berechtigten Unmut wollten die Arbeiter Luft machen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Sie wußten dabei ganz genau, daß die Landesverteidigung dadurch in gar keiner Weise in Frage gestellt werden könnte. Wüßten denn die Herren, die über Landesverrat der sozialdemokratischen Arbeiter sprechen, nicht,

daß Arbeiter aller anderen Organisationen mitgestreift haben.

Ich war überrascht, daß Herr Trimborn über diese Seite des Streiks mindestens sehr wenig informiert gewesen ist. Wüßten Sie nicht, daß auch christliche Arbeiter gemeinsam mit Sozialdemokraten die Betriebe verlassen haben. (Hört! Hört!) Halten Sie sich an den Stühlen fest, denn ich muß Ihnen sagen, daß mir eine große Industriestadt bekannt ist, in der ein ganz von den Gelben beherrschter Betrieb als erster in den Streik trat. (Hört! Hört!) Wüßten Sie denn gar nicht, wie es in den Kriegsbetrieben jetzt aussieht? Da schafft neben den reformierten sozialdemokratischen Arbeitern der liberale Kirch-Dunkerische Arbeiter, der Christliche, der Gelbe. Die einzige Organisation übrigens, die den am Streik beteiligten Arbeitern Streikunterstützung bezahlt, ist, wie ich heute zu meiner Überraschung erfahren habe, die Kirch-Dunkerische. (Hört! Hört! bei den Soz.) Neben all diesen Arbeitern schaffen auch tausende durch den Krieg ruinierte kleine Handwerkermeister, Wädrermeister, Schlossermeister, ja eine ganze Anzahl von Angehörigen liberaler Berufe, die durch den Krieg aus ihren Kreisen herausgeworfen sind. Seien Sie deshalb etwas vorsichtiger mit dem Vorwurf des Landesverrats. Sie treffen damit sonst einen Teil Ihrer eigenen Wähler. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Und dann, wie dumm, wie furchtbar kurzichtig ist dies Gerede von den Landesverrat in Hinblick auf die Wirkung auf das Ausland. Glauben Sie, die Engländer und Franzosen werden schneller zum Frieden mit uns bereit sein, wenn Sie ihnen Tag für Tag weismachen, daß

allein in Berlin eine halbe Million Landesverräter

leben, daß die Landesverräter bei uns Millionenweise herumlaufen. Nein, Ihrem Unmut wollten die Tausende Luft machen, auf die Behörden wollten sie einwirken, die den Wünschen der Großgrundbesitzer bisher kein so willigeres Ohr gegeben hat, als den Hoffnungen der arbeitenden Bevölkerung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein langer militärischer nicht übermäßig zweigeduldiger Winter lag hinter den Arbeitermajoren, ein Winter, in dem sehr fleißig gearbeitet worden war. Man folgte überhäufig Labradors hammer Granaten. Das zeigte sich auch in den zahlreichen Arbeiterentlassungen, in den Rückschritten, die eingeleitet wurden. Vieles ging aus der Hosen- und Materialmangel zum Feiern. Wenn man überhaupt dies Wort vom Landesverrat hineinschieben will, warum greift man da nicht weiter und bezeichne diejenigen als Landesverräter, die nicht dafür gesorgt haben, daß alle Arbeiter Granaten machen konnten, daß die Kohlen rechtzeitig zur Stelle waren. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Tatsächlich hat die ganze Wirkung des Streiks, soweit die Produktion in Betracht kommt, nur darin bestanden, daß die aus sonstigen Gründen notwendigen Feierschichten einfach einmal zusammengelegt worden sind. Auch jetzt muß müssen Tausende von Arbeitern vielfach feiern. Also

die Kriegsindustrie ist in keiner Weise geschädigt.

Das haben auch gut informierte Politiker und Unternehmer zugegeben, die mit der sozialdemokratischen Partei gar nichts zu tun haben. So erklärte die Berliner „Germania“, daß die Industriellen durch den Streik 10 Millionen Mark erspart hätten, die sie sonst für die Feierschichten infolge des Kohlenmangels zu zahlen gehabt hätten. In einer Flugchrift, die unter den Arbeitern verbreitet wurde, hieß es ausdrücklich, daß es sich um einen

Demonstrationsstreik von zunächst drei Tagen

handelte, die Arbeiter wollten demonstrieren für Frieden, Freiheit und Brot, weil sie eine andere Möglichkeit, ihre Stimme zu erheben, nicht hatten, nachdem ihre Presse unterdrückt, ihre Versammlungen verboten waren. Sie konnten sich nicht versammeln wie die Vaterlandspartei. Sollte es so gelegen, daß auf keine Granate verzichtet werden könnte, daß jeder Tag Arbeit unbedingt nötig gewesen wäre, so hätte man die Arbeiter ganz anders behandelt und nicht den Streik durch un sinnige Maßregeln verlängert, wie es in Berlin geschehen ist. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Regierung hätte ganz ruhig zusehen können, und wohl auch ruhig zugehört, wenn sie nicht

einer parteipolitischen Hebe unterlegen

und den Kopf und die Kerben verloren hätte. Diese parteipolitische Hebe sah in dem Streik nur eine erwünschte Gelegenheit, über die Sozialdemokratie herzufallen und über die drei Mitglieder des Parteivorstandes, die in den Aktionsausschuss eingetreten waren, nachdem der Streik im Gange, die Forderungen aufgestellt und der sogenannte Arbeiterrat zusammengetreten war. Was wir übrigens in diesem Aktionsausschuss im Arbeiterrat getan haben, darüber rede ich an dieser Stelle kein Wort, weil ich auf Grund einiger sehr trügerischer Zeitungsnachrichten glaube, daß man eines meiner Worte mißdeuten könnte als ein Wort der Entschuldigung, das man als Brücke gern haben möchte. Was wir getan haben, war für uns als Sozialdemokraten eine Selbstverständlichkeit, wir haben den Arbeitern gegenüber unsere Pflicht getan. Der Ausschuss der sozialdemokratischen Partei hat sich am 30. Januar, also am dritten Tage des Streiks, über die Verhältnisse informiert und nach eingehender Beratung einstimmig folgende Resolution beschlossen:

„Der Parteiaussschuss stellt fest, daß sich die gegenwärtige Streikbewegung nicht gegen die Landesverteidigung richtet und nicht die Ziele eines feindlichen Imperialismus fördern will. Sie ist aus einer tiefen Risikosituation entstanden, die durch die Ernährungschwierigkeiten und den Druck des Belagerungszustandes hervorgerufen wurde. Das Treiben der Reaktion im preussischen Reichshaus, das auf die Behinderung der preussischen Wahlreform gerichtet ist, das herausfordernde Auftreten der sogenannten Vaterlandspartei und die unklare Haltung der Regierung in der Friedensfrage haben diesen Stimmungsdruk verschärft, da alle Ratsschlüsse und Warnungen der sozialdemokratischen Partei ungehört

verhallen, wurde ein Ausbruch dieser Volkstimmung unvermeidlich. Durch den Eintritt sozialdemokratischer Abgeordneter beider Fraktionen in die Streikleitung war die volle Gewährung dafür gegeben, die Bewegung in geordneten Bahnen zu halten und sie rasch ohne Schädigung der Allgemeinheit zum Abschluß zu bringen. Voraussetzung war, daß die Regierung auf Gewaltmaßregeln verzichtete und Forderungen erfüllte, die von einer erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung als berechtigt anerkannt werden. Statt diesen Weg zu gehen, hat die Regierung unter kleinen formalistischen Vorwänden Verhandlungen mit den Arbeitervertretungen der Streikenden abgelehnt. Die sozialdemokratische Partei hat sich während des Krieges rückhaltlos zur Landesverteidigung bekannt. Die Landesverteidigung wird jedoch gefährdet durch die politische Unsichtbarkeit dieser, die den Krieg zu Kriegsverlängerungen, vom Volke nicht gebilligten Zielen führen wollen, die dem Volk versprochene Rechte verweigern und jeden Protest gegen einen immer unerträglicher werdenden Druck mit verstärktem Druck beantworten. Darum müssen sich heute alle Kräfte vereinen, um eine Abkehr von dem verhängnisvollen Kurs herbeizuführen, im Interesse der Selbsthaltung unseres Volkes und eines baldigen gerechten Friedens.“

Entschuldigen Sie diese lange Vorlesung. Aber sie war notwendig, weil die Zensur bis zu dieser Stunde verboten hat, diesen vernünftigen Beschluß abdrucken zu lassen. Wenige Tage nach diesem Beschluß des Parteiaussschusses hat auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Lage eingehend beraten und daselbst beschlossen. Eine Vorstandskonferenz der gesamten deutschen Gewerkschaften hat am 1. Februar eine Resolution angenommen, die sich im wesentlichen mit der vorlesenen deckt. Auch diese ist von der Zensur natürlich nicht zum Abdruck zugelassen worden. Woran Sie mit uns bei der Beurteilung dieses Streiks sind, können Sie wissen. Und wir wissen, daß Millionen von Arbeitern, die in der sozialdemokratischen Partei und den freien Gewerkschaften organisiert sind, hinter uns stehen. Und das ist für uns das Entscheidende, nicht aber wie national-liberale Industrielle über uns denken, die jetzt im preussischen Landtag dabei sind, das gleiche Wahlrecht abzulehnen. (Lebhaftes Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ich wiederhole zur Hebe gegen und wurde der Streik mißbraucht, und das beste Mittel dazu (sahen wieder die Militärzensur. Zunächst wurde

der „Vorwärts“ wiederum verboten,

weil er in einem Leitartikel Verständnis für die Bewegung bewies, das den Behörden fehlte. Die Besonnenheit und Entschlossenheit der Behörden, von denen Herr von Pater gestern sprach, war ein Fremdling, der nicht so feiner sonst so tapferen Rede sagte. Der Demonstrationsstreik, der drei Tage dauern sollte, begann am 28. Januar, und am selben Tage wurden Arbeitern jede Versammlung und jede Zusammenkunft verboten, am 29. Januar wurde der „Vorwärts“ verboten, am selben Tage wurden besonnene Männer, die Abgeordneten Legien, Schmidt-Berlin, Körften, Bauer, von Kriminalassistenten in ihren Büros ausgedrängt, binnen 15 Minuten das Gewerkschaftshaus zu verlassen. Der Aktionsausschuss wurde aufgelöst. Die Männer, die den Arbeitern hätten raten sollen, wurden von Herrn v. Pater mit einem Jahr Gefängnis bedroht. Was Herr v. Pater in jenen Tagen für Berlin und das ganze Reich geleistet hat, das läßt sich in Zahlen nicht wieder gut machen. Niemand kann wünschen, daß wir solche Dinge noch einmal erleben. Sollte aber jemals wieder eine so bedrohliche Situation eintreten, so sollte man

Herrn v. Pater sofort in Schachhalt

nehmen. (Große Heiterkeit.) Das allein könnte vielleicht die Situation retten. Wie waren denn die Folgen? Das Verbot des „Vorwärts“ machte möglich, was man 24 Stunden vorher für unmöglich gehalten hätte, den Streik der Seger, die für die Pressefreiheit streikten, die bisher weder im Parlament noch in der Presse ausreichenden Schutz gefunden hatte. Auch sonst führte das Verbot zu einer Erweiterung des Streiks. Durch das Verbot der gegenseitigen Verständigung wurden die Arbeiter auf die Straße getrieben, und dort schlug man auf sie ein. Das war der Sieg, den Herr General v. Pater errungen hat, der einzige seiner Siege in diesem Kriege. Es war ein Jauern im großen. Die Zivilbehörden waren offenbar kopflos und überließen die Führung dem wildgewordenen Militär. Aber auch darin erschröste sich nicht ihre Schuld. Da ist Herr Wallraf, ein Erbfeind aus dem Kachlag des Herrn Michaelis, (Große Heiterkeit.) In Köln war er ein rechtschaffener Oberbürgermeister, der sich auch mit den Arbeitern ganz gut verstand. Seit er Staatssekretär geworden, ist ihm die preussische Autorität in die Krone gefahren. Vergleichen Sie doch Herrn Wallraf mit Lord George. Dieser fuhr sofort zu den Walliser Bergarbeitern, als sie streikten, um sich mit ihnen zu verständigen. Sollte Herr Wallraf so verständig gehandelt, wie sein Nachfolger in Köln oder der Kölner Regierungspräsident Herr v. Start, so

hätte er in Berlin drei bis vier Tage Streik erspart und Hunderten von Arbeitern das Zuchthaus.

(Sehr richtig!) Der Kölner Regierungspräsident ist sogar in die Versammlung der Streikenden gegangen. In München, Nürnberg, Cassel, Kiel und zahlreichen anderen Städten sind Vertreter der Behörden mit den Streikenden sofort in Verbindung getreten. In Mannheim, wo seit einigen Wochen nach einer kühnlich verlaufenen Versammlung der Vaterlandspartei alle Versammlungen generell verboten waren, wurde die Versammlungsfreiheit sofort eingeführt, als der Streik einsetzte. (Hört! Hört! h. d. Soz.) In einem halben Tage, in einem oder längstens in einhalb Tagen waren alle diese Demonstrationen außerhalb Berlins erledigt. (Hört! Hört! h. d. Soz.) Alle die Beamten, die sich menschenlich so verständig verhalten haben, haben der Staatsautorität nicht geschadet, sondern genützt. Sie haben den Arbeitern die Überzeugung beigebracht, daß ohne keineswegs, wie vielfach geglaubt wird, nur Unzen und Bureaukraten sitzen. Als der Reichszentralrat etwas sehr spät die Sache in die Hand nahm, war sie von den Herren v. Pater und Wallraf so verschoben, daß nur noch ein harter Entschluß nachhelfen konnte. Der Reichszentralrat hat sich leider zu einem solchen harten Entschlusse nicht aufraffen können. Er hatte es fast besser mit einem noch von einem Kabinettschef ausgearbeiteten Plan versucht, der dann auch sofort gescheitert ist. Durch das Hinausdrücken der Arbeiter auf die Straße, durch das unsinnige Versammlungsverbot waren Organe entstanden, die wir tief bedauern, die aber nur durch das Verhalten der Behörde heraufbeschworen sind. (Lebhaft Zustimmung h. d. Soz.) Ich. Wiederholung auf verschiedenen Punkten. Was ein Organe ist, haben wir doch erst gestern hier erlebt. Warum verlangen Sie, daß die Arbeiter, wenn ihnen etwas zugefügt wird, was ihnen weh tut, sich nicht mindestens ebenso temperamentvoll wehren wie Sie. (Sehr gut! h. d. Soz.) Wo man den Arbeitern Bewegungsfreiheit gelassen hat, verhielten sie sich überall mucksaft, wo man ihnen diese Freiheit nahm, konnten sie Ausschreitungen der Straßenjugend nicht verhindern. Die Arbeiter in ihrer Rolle trifft für das Geschehene keine Verantwortung. Mir ist auf der Tramway Duhende von Köfen von Schlofferinnen erzählt wor-

den, daß alle die räuberischen Attoden auf die Straßenbahn von unreifen Jungen unternommen worden sind. Als bekannt wurde, daß mein Kollege Eberl und ich auf Wunsch der Arbeiter in diesen Aktionsausschüß eingetreten waren, da schickte Herr u. Kessel seine Kriminalisten hinaus und ließ uns ein Jahr Gefängnis androhen. Als meine Freunde von der sozialdemokratischen Parteileitung in München das gleiche taten wie wir,

da dankte ihnen Herr v. Dandl

in öffentlicher Landtagsführung. (Hört! hört! und Bravo! bei den Sozialdemokraten.) In Berlin war mittlerweile der verhängnisvolle Besatzungsstatus verhängt und es regnete Landesverratsprozesse. Es ist niemals in der Welt so leicht gewesen, Landesverräter zu werden, wie in diesen Tagen in Berlin. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Schicksal traf auch den verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts“, worauf der leitende politische Redakteur sich sofort als Täter freiwillig stellte. Das Verbot gegen die zwei Sündenläufer aber noch nicht zum Abschluß, weil die außerordentlichen Kriegsverbrechen inzwischen wieder aufgedeckt worden sind. Die „Vorwärts“-Redakteure Ruttner und Stämpfer sind beide vor haben unter Ablehnung der ihnen angebotenen Reklamation freiwillig ins Feld gegangen mit der Begründung, daß sie für die Sache der Landesverteidigung nicht nur mit ihrer Feder, sondern auch mit ihrer Person einzutreten wollten. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Beide sind erst aus dem Felde zurückgekehrt, nachdem sie, der eine durch Verwundung, der andere durch Krankheit, ihre Felddienstfähigkeit verloren hatten. Das hier öffentlich festzustellen, halte ich für notwendig denen gegenüber, die vielleicht versuchen sollten, aus der Anklage gegen diese beiden Männer eine Anklage gegen die Sozialdemokratische Partei herzuleiten. Im übrigen will ich sagen, daß die Sozialdemokratische Partei mit der Haltung des „Vorwärts“ gerade im Streit sicherlich ganz einverstanden gewesen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bei dieser Gelegenheit hat sich noch ein anderer gezeigt, nämlich, wie die Militärbehörde Reichstagsdienstleistungen achtet. Als die Redaktion des „Vorwärts“ mit der Zensur über die Aufhebung des Verbots verhandelte, stellte sie sich selbstverständlich auf den Standpunkt, daß das Verbot ohnehin nur drei Tage Geltung habe. Da wurde erklärt, davon ist keine Rede, der „Vorwärts“ ist verboten und bleibt verboten, solange, bis er Garantien gibt. Da auf das Erscheinen des „Vorwärts“ in jenen kritischen Tagen natürlich nicht verzichtet werden konnte, war die Redaktion genötigt, diese Garantien zu geben. Sie bestanden darin, daß alles, was irgendwie den Streik betraf,

einem Leutnant zur Zensur vorgelegt

werden mußte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Erst einige Tage nach dem Streik gelang es, diesen lächerlichen Zustand zu beenden. Nach dem Streik ist es mit der Zensur nicht besser gegangen. Nach wie vor zwingt sie die Presse, ihren Lesern die wichtigsten Mitteilungen zu unterdrücken. So ist, um unter 100 Beispielen nur 2 zu nennen, die Unabhängigkeitserklärung von Litauen unterdrückt worden bis zum heutigen Tage, und ebenso wurde in der Aufforderung des Internationalen Roten Kreuzes, den Gebrauch von giftigen Gasen auf beiden Seiten einzustellen, unterdrückt. Diese hochherzige Anregung durfte nicht einmal erwähnt, geschweige denn besprochen werden. Bis zum heutigen Tage ist es der Presse nicht möglich, diese Forderung des Roten Kreuzes irgendwie zu unterstützen. Aber, weil es draußen in der Presse nicht möglich ist, will ich es von dieser Stelle aus für mich und meine Partei allgemein getan haben. Wir leiden an viel Uebel. Jedes dieser Uebel wird durch die Zensur gerabezu verdreifacht. Einer der Herren Zensuroffiziere, von dem ich weiß, daß er lieber im Felde kämpfte, als daß er in seinem Bureau sitzt, sagte mir einmal: „Wachen Sie denn, wir wissen nicht, was für ein schimpfliches Gewerbe wir ausüben müssen?“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wieleicht geschah es gar in einem Anfall von Schamgefühl, daß die Zensur die

Verichte über den Prozeß des Abg. Dittmann verboten

hat. Warum sollte es die Welt nicht wissen, daß Dittmann der Wahrheit gemäß in diesem Prozeß gesagt hatte, daß er nicht zum Streik und auch nicht zur Fortsetzung des Streiks aufgefordert habe. Einige Zeitungen, wie die „Deutsche Tageszeitung“, die ganz objektive Berichte über diesen Prozeß gebracht haben, sind unterdrückt worden für eine Ausgabe. Es würde diesen armen Menschen, die sich nach der Lesart ihres Labors über die vaterlandsverräterischen Streifer entäußern, vielleicht das Blut in den Adern erstarren, wenn sie müßten, was für Strafen die armen Menschen bekommen haben. Von Berlin aus sind einige zusammenfassende Berichte, wahrscheinlich von offizieller Stelle, veröffentlicht worden. Ein Beispiel von auswärts will ich bekanntgeben. In Ulm, dem Sitz eines der Väter der Vaterlandsverräter, drach schon 6 Wochen vor diesem großen Streik ein Streik unter den Schicht- und Arbeiter aus. Sie demonstrierten, sie beschwerten sich über die schlechte Ernährung und über die unerhörte Zensur der Arbeiter, namentlich der für diese Arbeiter unentbehrlichen Unterbekleidung. Es kam noch ein anderes hinzu, die unverhältnismäßige Behandlung, die ihnen in den Kaufhäusern zuteil geworden war. Im Verlauf eines großen Aufruhrs wurde ein Warenhaus Löwenhof geplündert und demoliert. Nun folgen die üblichen Prozesse. In einem Verhandlungsprotokoll wurden 136 Personen zu 146 Jahren Gefängnis verurteilt, 3 Personen erhielten zusammen 30 Jahre Zuchthaus (Hört, hört! b. d. Soz.), Kinder von 15 Jahren erhielten 6 und 9 Monate Gefängnis. (Rufrufe links.) Von alledem erfährt der Zeitungsleser, solange die Zensur ihres Amtes waltet, nichts. Er erfährt auch nichts von

Strafen für Streikende.

Die darin bestehen, daß man alle Arbeiter, Familienväter, die jahrelang in demselben Betriebe zur Zufriedenheit ihrer Arbeitgeber gearbeitet haben, herausreißt auf Grund des Hilfsdienstgesetzes, daß man andere Arbeiter an die Front schießt, und daß man Arbeiter jetzt sogar mit Gefängnis bestraft, weil sie angeblich zu langsam gearbeitet haben. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Soll so vielleicht die Arbeiterschaft zufrieden gemacht werden? Das ist eine böse Saat, die hier gesät ist. In dem Ausgang der Berliner Streikbewegung konnten wirklich nur harnierte Gewaltpolitiker einen Erfolg des Staates erkennen. Ein Erfolg des Staates wäre es gewesen, wenn die Arbeiter nach zwei, drei Tagen wieder ruhig an die Arbeit gegangen wären. Die Gewaltmaßnahmen haben das Gegenteil erreicht. Der Streik hat nicht 2, 3, sondern 7 Tage gedauert. Er ist auch nicht ruhig verlaufen, sondern er war von Straßenrevolten begleitet. Die Arbeiter wurden mit den Wehdeben nicht verhöhnt, ihre Stimmung ist noch gereizter geworden durch die Einzige Stimmungen, durch die Zuchthausstrafen. Wollen Sie den Satz nicht unheilbar machen, dann schaffen Sie die Folgen dieser Prozesse für soziale rechtschaffene Männer so schnell wie möglich aus der Welt. Die Art und Weise, wie die Arbeiter hier in Berlin behandelt worden sind, war ein Ausbruch konservativer Weltanschauung. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Könnte doch einer von ihnen bei der Beratung der Wahlrechtsvorlage im preussischen Verfassungsausschüß sagen: Im Volksaufstände, die infolge Scheiterns der Wahlrechtsvorlage ausbrechen könnten, werde ich mir keine Sorgen, die werden niedergeschlagen. (Hört, hört!) Und in der Jubiläumsvorlesung des Bundes der Landwirte erklärte Herr v. Odenburg-Januschka folgendes: Niemals habe es einen Minister gegeben, der seinem Vaterlande so schlecht wie Bismarck ein Volk weggeführt habe. (Hört, hört! b. d. Soz.) Unsere inneren Zustände seien so gefährlich, daß auf den Kanzler, der diese Dinge wieder in Ordnung bringen will, geschossen werden wird. (Hört, hört! b. d. Soz.) Aber hoffentlich wird er selbst auch schießen lassen. Der Bericht bezeichnet hinter dieser Rede des Herrn v. Odenburg Heiterkeit und härmischen Beifall. (Sehr, Hört, hört! b. d. Soz.) Ich werde jetzt es gibt Engländer und Franzosen, die

auf Deutsche nur schauen, weil sie müssen. Es gibt aber auf der

anderen Seite Deutsche, die sich vor Vergnügen wälzen bei dem Gedanken, daß von Deutschen auf Deutsche geschossen wird.

(Erregte Ruf bei den Sozialdemokraten. — Große Unruhe rechts.) Solche Leute möchten sich selber für die Zierde der Nation halten, wir betrachten sie als den Kussort des deutschen Volkes. (Härmischer Beifall bei den Sozialdemokraten.) Sie werden nicht ruhen, solange nicht jeder Einfluß einer solchen bodenlos verächtlichen Gefinnung auf unser öffentliches Leben ausgerottet ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Während draußen Angehörige aller Parteien in den Schützengraben stehen, haben sich Ihre Freunde (nach rechts) an dem Gedanken geweidet, daß sich einmal auch Deutsche auf dem Straßensplaner wälzen könnten, von deutschen Kugeln getroffen. Der solche Gefinnungen begünstigt natürlich den von mir kritisierten Streikmaßnahmen das höchste Lob sollen. Der solche Gefinnungen begünstigt, wird höchst bedauern, daß hier sozialdemokratische Arbeiter nicht gleich auf den Sandhaufen gestellt worden sind, wie die „Kreuzzug“ es verlangt hat. Weil wir den Einfluß solcher Gefinnungen auf die Politik brechen sollen und müssen, deshalb legen wir dem

Kampf um das gleiche Wahlrecht in Preußen

entscheidende Bedeutung bei. Wenn in Preußen das gleiche Wahlrecht kommt, wenn der Besatzungsstatus fällt, wenn das Volk bei den Wahlen Sie so behandelt, wie Sie es tausendfach verdient haben, dann haben Sie verspielt, und erst dann, wenn Ihre Herrlichkeit zu Ende ist, wird die Bahn frei sein für ein freies Deutschland, das sich im Innern friedlich entwickelt und nach außen mit seinen Nachbarn in Freundschaft lebt. Wir freuen uns der Entscheidung, mit der gestern Herr v. Pauer sich für das gleiche Wahlrecht eingesetzt hat. Wir wollen hoffen, daß die ganze Reichsregierung das gleiche tut. Sie hat dann freilich von jener Seite Annehmlichkeiten nicht zu erwarten (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten), aber sie wird die große Masse des deutschen Volkes zu ihrer Umkehrung bereit finden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das ist wohl mehr wert als eine gnädige Gebärde der Nachhahrer von gestern und vorgestern. Es gibt kein Zurück, wir begründen mit Entschiedenheit, mit der Herr v. Pauer gestern sich für sozialpolitische Reformen veräußert hat. Vorwärts muß die Parole auf allen Gebieten heißen. Es gibt kein Zurück, ein Zurück können nur die finden, die sich ein Vergnügen daraus machen dürfen, zur Vertheidigung ihrer Vorrechte schießen zu lassen. Es wird aber keinen König von Preußen geben, der zum Dank für das Vollbrachte auf sein eigenes Volk schauen läßt, weil es von ihm verlangt, daß er sein Wort hält. Freilich gibt es Männer in Preußen, die möchten wohl eine Königsuppe haben, mit der sie spielen könnten (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten, Lachen rechts), sowie die Russen eine Zarenuppe hatten, mit der sie spielen konnten, bis sie zerbroch. Wir deutschen Sozialdemokraten vertrauen darauf, und das ist das einzig freie Vertrauen, das wir hegen, daß das deutsche Volk gereifter und freier aus dieser ungeheuren Prüfung hervorgehen wird, daß es

einen Staat es Rechts, der Freiheit und der sozialen Wohlfahrt

schaffen wird, allen Widerständen zum Trotz. Der Schwierigkeit unserer Aufgabe sind wir uns ebenso bewußt wie der Tatsache, daß eine Politik der Verzweiflung uns auch nicht dem nächsten ersehnten Ziel, dem allgemeinen Frieden, näher bringen könnte. Es gibt keine Politik, die sich rühmen kann, ohne Rückschlüsse immer nur von Erfolg zu Erfolg geschritten zu sein. Es gibt kein Wiltzmittel, das uns binnen kürzester Frist den Frieden und das allgemeine Volkswohl bringt, es gibt nur eins: die unermüdete Arbeit, den harten Kampf für das richtige Erkante. Diese Arbeit sehen wir fort mit jedem, der uns hilft, gegen jeden, der uns stört, in der festen Überzeugung, daß die treibenden Kräfte der Weltgeschichte unsere besten Bundesgenossen sind.

Die Zukunft, die hinter diesem ungeheuren Weltkrieg liegt, gehört in Deutschland und in der ganzen Welt der Demokratie, den Arbeitern und dem Sozialismus. (Stürmischer, wiederholter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Wallraf:

Meine Auffassung des Streiks weicht von der des Vorredners erheblich ab. Mit einer vornehmen Handbewegung hat Herr Scheidemann den Gedanken abgemessen, daß Einflüsse des Auslandes zum Streik beigetragen haben. Aber schon im April 1917 bekam die Reichsleitung die Nachricht, daß es in der Arbeiterschaft hier, und der damalige Reichskanzler, Herr v. Bethmann Hollweg, warnte in einem Rundschreiben. Die trotzdem entstandenen Streiks waren nicht sehr bedeutend. Im November 1917 erließ das bolschewistische Zentralkomitee einen Aufruf an die Propaganda aller Länder, sich ihnen anzuschließen. Zugleich mit dem Waffenstillstand im Dezember legte die bolschewistische Propaganda ein zur Schaffung einer einheitslichen Front der Arbeitermassen aller Länder gegen den Kapitalismus. Auch vom russischen Oberbefehlshaber Stenka ging ein Aufruf am 15. Dezember aus, mit allen Mitteln die revolutionäre Propaganda unter den deutschen Soldaten zu fördern. Von den durch Schmuggel und aus den Listen abgeworfenen Flugblättern erwähne ich eines mit der Aufschrift: „Vorwärts! Weitergeben! Drei Tage streiken und der Sieg ist unser!“ In einem anderen heißt es: „Kameraden, gedankt Eurem handrechtlich erschossenen Bruder! Gedankt Eures Führers Viehrecht! Wieder mit dem Krieg! Wieder mit der Regierung!“ In Breslau hatten unsere Delegierten den Eindruck, daß es den Russen nicht auf Verständigung ankam, sondern darauf, Zeit zu gewinnen zur Entfaltung ihrer Propaganda. Durch die bolschewistische Welle wurde die Streikbewegung zunächst nach Oesterreich-Ungarn getragen. Ob in der Donaumonarchie auch andere Entente-Länder ihre Hand im Spiele hatten, weiß ich nicht, in Deutschland war es ganz bestimmt der Fall. (Lebh. Hört! hört!) Ist doch in Washington ein Propagandakomitee mit reichen Mitteln ausgestattet worden, das Agenten nach Deutschland geschickt hat. Die Erklärung, daß der Streik vom Ausland ausgegangen ist, ist noch die beste im vaterländischen Interesse. (Lachen bei den Soz.) Nebenbei geht man im Ausland in solchen Fällen ganz anders vor. Clemenceau und Lloyd Georges erklären mit der eisernen Faust und Wilson hat nach einer Redung des „Figaro“ bei einem Streik in Philadelphia

das ganze Massenstreikkomitee einfach verhaftet

und dem Richter vorführen lassen. Die Flugblätter, die in jenen Tagen verbreitet worden sind, lassen keinen Zweifel an dem Charakter des Streiks. Als Abgeordneter Scheidemann und andere Abgeordnete mich in Sachen des Streiks sprachen, habe ich mich bereit erklärt, sie zu empfangen, habe ihnen aber von vornherein gesagt, daß ich Verhandlungen mit freilebenden Arbeitern über politische Fragen ablehnen müsse. (Bravo! rechts.) Die Abgeordneten hätten es also in der Hand gehabt, den Arbeitern die peinliche Lage zu ersparen, daß sie an meiner Tür umkehren mußten. Aber sie wollten sich von den Arbeitern nicht trennen. Man hat mir wegen dieses meines Verhaltens die schwersten Vorwürfe gemacht, die ich zu übernehmen muß, man hat vom Bureaualtrismus, Populismus, Formalismus, Engbergigkeit gesprochen. Nun, Bureaualtrismus gebet wirklich zu den wenigen Fehlern, die ich nicht habe. Ich habe in meiner früheren Stellung oft genug mit Gewerkschaften und sonstigen Arbeitern verhandelt und versucht, mich in ihre Gedanken und Sorgen hineinzuversetzen, in ihre Sorgen auf wirtschaftlichem Gebiet, auf dem Gebiet der Arbeiterfürsorge. Wenn eine sozialdemokratische Zeitung schrieb, ich hätte anerkennend auf dem Wege nach Berlin das bishigen Verhalten beklagt, das ich gehabt hätte — so schnell geht das doch nicht (Heiterkeit), so stark prächt auch der Ort und nicht in Berlin, und namentlich für Leute, die vom Rhein kommen. (Heiterkeit.) Aber

diesmal handelte es sich nicht um wirtschaftliche, sondern um hochpolitische Fragen. Außerdem war ich in diesem Falle Vertreter des Reichskanzlers. Da kann man nicht ohne mich verlangen, daß ich mit Streikenden in Verbindung trete über hochpolitische Fragen, die vor das Forum des Reichstages gehören. Das halte ich für eine Verwirrung der Begriffe, die ich nicht mitmache. Wenn ich mich mit Streikenden eines Betriebes in solche Auseinandersetzungen eingelassen hätte, wäre das Arbeitern anderer Betriebe billig gewesen. Wobin soll das führen? Das wäre die Atomisierung unseres politischen Lebens. Wenn nun in Arbeitertreffen durch meine Ablehnung Zustimmung entstanden ist, so bebaure ich das sehr lebhaft, aber es war nicht meine Schuld, denn die Herren Abgeordneten mußten diese Ablehnung voraussehen, insbesondere auch der Abg. Haase, der schon im Jahre 1917 mit ausständigen Arbeitern bei dem damaligen Reichskanzler Bethmann Hollweg vorgeprochen hatte, der auch eine solche Verhandlung über politische Fragen mit Ausständigen abgelehnt hatte. Ich stand unter dem Eindruck, als solle ein

Druck auf die Regierung ausgeübt

werden, sie sollte unter das laubische Joch gehen. Einem solchen Druck kann ich nicht folgen, der nicht Nachgiebigkeit zu jeder Zeit für die Quintessenz der Regierungsmehrheit heißt. (Bravo! rechts.) Ich habe gesagt, die bolschewistische Welle war es, die uns diesen Streik gebracht hat. Und wie hat diese bolschewistische Welle in Russland selbst gewirkt? Dafür verweise ich auf ein Zitat, das neulich im „Vorwärts“ stand, wo die jetzigen Zustände in Russland geschildert werden und wo es u. a. heißt: „Die Deereckraft des großen russischen Reiches ist vernichtet. Unerbittliche Anarchie der enstirnten Phantasten der Bolschewistik macht die Kriegführung zur Unmöglichkeit“ usw. Davon unser Land zu behahren, war die Pflicht der Regierung. (Bravo!) Nicht nur gestern, sondern auch heute und morgen. (Bravo!) Nun hat zu meiner großen Freude der „Vorwärts“ und heute auch der Abg. Scheidemann einen diesen Streich zwischen den Bolschewisten und den Sozialdemokraten und Gewerkschaften gezogen. Ich hoffe, dieser Trennungstrieb wird dazu beitragen, daß sich nicht wieder deutsche Köpfe vermehren lassen. Herr Scheidemann hat ein Wort gesagt, das ich unterschreibe. In dieser aufgeregten Zeit müsse jedes Wort eines Staatsmannes drei- bis viermal überlegt werden. Wir würden überhaupt uns besser hier im Hause und draußen im Lande vertragen, wenn wir nicht immer mit Schlagworten wie Annexionalismus und Hungerfriede und befrieden wollten. (Sehr wahr!) Mit Worten, unter denen sich jeder etwas anderes denkt, die nichts Nützen und nur verblühen. Wir würden uns auch besser verstehen, wenn wir wenigstens den Versuch machten, unsere durch vier Kriegsjahre bedrohten Nerven besser in Form zu halten. Ich habe es hier versucht, ich habe nur Tatsachen angeführt, die sich beweisen lassen, und habe auf manche Vermutungen verzichtet, die nahe liegen. Ich habe auf manches Wort des Herrn Scheidemann nicht erwidert, trotzdem solch scharfe Worte auch in meinem Lexikon stehen. Aber ich gebrauche sie nicht und hoffe dadurch, dazu beizutragen, daß unsere Reihen geschlossen bleiben. Wie ist denn heute die Situation? Im Osten wird um den Frieden verhandelt, zum Teil ist er schon errungen, im Westen steht unerwartlich unsere Front. Wir sind nahe dem Ziel, um so näher, je enger wir zusammenstehen. Wenn jetzt als Folge des gewaltigen Krieges große neue Gedanken ungeklärt nach Gestaltung ringen, so gebe ich persönlich den Gedanken nicht auf, daß das deutsche Vaterland, die Wiege der Sozialpolitik und so manchen großen menschenfreundlichen und freisinnigen Gedankens, trotz aller Särens und Brauens in sich die Kraft fühlen wird, auch diese neuen Gedanken nach deutscher Art auf wohlüberlegter und friedlicher Weise zur Lösung zu bringen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Seydebrand (l.):

In der Beurteilung des Streiks sind wir vollständig einig mit dem Ausführungen des Staatssekretärs. Es kann keine schlagendert Widerlegung der Ausführungen des Abg. Scheidemann geben. Freiheit und Ernährungsnotwendigkeiten hatten mit diesem Streik nichts zu tun, es war ein einfacher Landesverrat, angestiftet von ausländischen Agenten und leider getragen von einem Teil der Sozialdemokratie. (Abg. Ledebour: Volkstommener Unfug! Vizepräsident Pasche ruft den Abgeordneten zur Ordnung.) Wir billigen deshalb die Haltung der Regierung und danken ihr.

Nun zu den gestrigen Reden des Reichskanzlers und des Vizekanzlers. (Abg. links.) Ueber die Friedensausichten mit Russland wird sicher das ganze deutsche Volk aufatmen. Mit den Bedingungen des Friedensvertrages sind meine Freunde einverstanden. Auch damit, daß die Randvölker Russlands in ein angemessenes Verhältnis zum Deutschen Reich, das ihren Wünschen und auch den deutschen Interessen entspricht, kommen. Auch diesen Friedensschluß verdanken wir dem deutschen Heer und dem deutschen Schwert. Es gibt eben Leute und Völker, die versuchen keine andere Sprache, als die Sprache der Macht. (Sehr richtig! rechts) und die sanfte, einbringliche, geduldige Sprache der Diplomatie, so beachtenswert sie ist, ist für manche doch nicht recht geeignet. Das gilt auch gegenüber England. Soweit ich England kenne, weicht es nur dann zurück, wenn es eine unbedingte Macht sich gegenüber stellt, seine Stunde aber. Ich denke, das wird unser Heer und unsere Flotte auch besorgen. (Bravo! rechts.) Die Art, wie der Reichskanzler sich mit den postoralen Deklamationen des Präsidenten Wilson abgefunden hat, findet die Zustimmung meiner politischen Freunde — so wie wir sie verstehen. (Große Heiterkeit.) Was der Reichskanzler über Belgien gesagt hat, war nicht ganz klar in bezug auf die Tragweite seiner Worte. Wir nehmen als selbstverständlich an, daß darin

nicht ein neues Friedensangebot

lag. Ich nehme an, daß sich diese Ausführungen in dem Rahmen bewegen sollen, der hier im Hause früher durch den Abg. Spaan als Vertreter der großen Mehrheit des Hauses zum Ausdruck gekommen ist, daß wir zwar Belgien nicht annektieren wollen, aber wünschen, daß Deutschland militärisch, politisch und wirtschaftlich die Oberhand in Belgien behält. (Unruhe links, Bravo! rechts.) Da wir seitdem fortgesetzt Siege errungen haben, sehen wir keinen Grund, von jenen Absichten zurückzutreten. (Der Reichskanzler betritt den Saal.) Wir haben auch früher die sympathische Erklärung des andern Reichskanzlers über die vlamische Frage gehört. Ich nehme an, daß der jetzige Reichskanzler mit jenen Ausführungen auch einverstanden ist, und daß bei diesen Verhandlungen der enorme Wert der flandrischen Küste für unsere Seegeltung England gegenüber in der richtigen Weise zum Ausdruck kommt. (Bravo! rechts.) Rumänien gegenüber müssen wir eine gehörige Kriegsentfaltung verlangen nach der Art, wie es früher die Kollage des Deutschen Reiches mit Wucherpreisen für Getreide angebeutet hat, das es noch nicht einmal geliefert hat.

Von den Ausführungen des Herrn Vizekanzlers sind ja meine Freunde nicht besonders erbaudt gewesen. (Heiterkeit.) Wir leben in einer Zeit, die nichts mehr verlangt als Eingigkeit. (Lebh. Rufufe links.) Seine Rede hat das Gegenteil bewirkt. Das ist

ein eigentümlicher Staatsmann.

Das Programm, das er entwickelt hat, ist ja ungefähr das, was der Reichskanzler von Seiten der Reichstagsmehrheit übernommen hat, als er sich entschloß, sein Amt anzutreten. Wir haben nicht nötig, uns darüber groß zu äußern, denn wir sind nicht gestört worden, haben ja überhaupt in diesem Hause verhältnismäßig nicht viel zu sagen. (Heiterkeit.) Wenn der Vizekanzler davon sprach, das parlamentarische System diene dazu, das Vertrauen zwischen Regierung und Volk herzustellen, so muß ich sagen, es hat ja auch sonst Regierungen gegeben, denen das Volk vertraute infolge ihrer hervorragenden Leistungen und ihrer Berechtigung. Aber es ist zugegeben, daß, wenn

Die Bartflechte.

Wenn jemand wegen eines Hautausschlags, z. B. auf dem Handrücken, zum Kratzen geht und dort hört, daß es sich um eine Bartflechte handelt, wird er darüber sehr verwundert sein. Und doch ist gar nichts Wunderbares dabei, denn die Bartflechte wird durch keine Pilze verursacht, welche sich überall auf der Haut des menschlichen Körpers ansiedeln und Entzündungen hervorrufen können, die man — da sie zuerst und am häufigsten in der Vorregion beobachtet wurden — als „Bartflechten“ bezeichnet. Das Heime Pilze Krankheiten der Haut und der Haare verursachen können, ist bereits in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts von verschiedenen Gelehrten entdeckt worden, aber erst in den letzten Jahrzehnten haben zahlreiche Forscher — besonders Sabouraud in Paris — nachgewiesen, daß viele Pilzarten, die nahe miteinander verwandt sind, Hautkrankheiten hervorzubringen können. Die Pilze sind nur bei mehrhundertfacher Vergrößerung unter dem Mikroskop sichtbar; sie bilden lange Wurzelfäden, welche in die Haut und in den Haaren wachsen und Fruchtzellen (Sporen) bilden, durch welche sie sich fortpflanzen. Bringt man erkrankte Haare oder Hautstückchen auf geeignete Nährböden, z. B. Kartoffelstärke, bestimmte präparierte Zuckersolungen usw., so sieht man ein charakteristisches Wachstum der Pilze (Kulturen). Kommen nun diese Pilze auf die Haut, so entstehen zuerst kreisrunde rote Stellen, welche sich schnell vergrößern und bald am Rande weiße Schuppchen und Bläschen zeigen. Auf der behaarten Haut dringen sie an den Haaren in die Haarwurzelsäule ein und können dann dicke Schwellungen der Haut und Eiterungen hervorrufen. Es bilden sich dann Geschwülste, welche mit dicken Borsten aus angetrocknetem Eiter belegt sind und sich über das Gesicht verbreiten können. Die Erkrankung ist dann äußerst langwierig und dauert oft viele Monate, ja Jahre. Wird dagegen am Anfang eine richtige ärztliche Behandlung eingeleitet, so kann man die Erkrankung in kurzer Zeit zur Heilung bringen. Es soll daher jeder, der eine schnell entzündete Hautentzündung an sich bemerkt, sofort ärztliche Hilfe nachsuchen! — Gerade in den letzten Kriegsjahren ist die Bartflechte, die ja auch im Frieden durchaus nicht selten vorkam, erheblich häufiger aufgetreten und hat bisweilen schon einen epidemischen Charakter angenommen. Die Erklärung dafür liegt ja auch auf der Hand: je spärlicher man mit Seife, frischer Lauge usw. umgehen muß, je geringer die reinigende Kraft der durch Ton gestreckten Kriegseifen ist, um so leichter ist die Uebertragung der Pilze von dem Erkrankten auf andere Personen möglich. Die Hauptquelle der Ansteckung sind die Barbierstühle. Dort ist natürlich die Uebertragungsmöglichkeit durch Kämme, Bürsten, Haarpinsel, Lächer, Mäntel usw. am leichtesten, und sicherlich holen sich die meisten Menschen auch dort ihre Krankheit. Es bestehen ja allerdings zahlreiche polizeiliche Vorschriften, die genügende Sauberkeit von den Barbieren verlangen, die verbieten, daß derselbe Haarpinsel auf die Haut verschiedener Kunden gebraucht werden darf usw., aber selbst in den „besseren“ Barbierstuben werden diese Vorschriften vielfach nur sehr mangelhaft befolgt. Es ist daher dringend notwendig, daß die polizeilichen Vorschriften in den Geschäften für jedermann sichtbar angebracht und auch jeder darauf achtet, daß sie befolgt werden. Gerade in den letzten Monaten ist von ärztlicher Seite zur Verhütung der jetzt häufiger auftretenden Bartflechte hierauf hingewiesen worden und es steht auch zu erwarten, daß eine Verschärfung der polizeilichen Vorschriften und eine Ueberwachung der Barbierstuben auf deren Durchführung erfolgt. Natürlich kann auch eine Uebertragung der Krankheit durch Kleidungsstücke, Hüte, Halbtücher usw. leicht vermittelt werden. Deshalb sollen auch in der Schule die Kinder angewiesen werden, nicht fremde Kleidungsstücke anzuziehen. Sind in den Schulen Kinder mit Bartflechten erkrankt, so sollen sie aus der Schule bis zur Heilung fortbleiben oder nur mit gut abschließenden Verbänden am Unterricht teilnehmen. Sache der Lehrer und Schularzte ist es, geeignete weitere Maßnahmen zu treffen.

Ran muß aber auch wissen, daß die Bartflechte vielfach durch Pilze hervorgerufen wird, welche von erkrankten Tieren stammen. So sind Pferde, Hunde, Katzen, Vögel, auch Mäuse und andere Tiere, mit denen der Mensch in Berührung kommt, oft der Ausgangspunkt der Erkrankung. Besonders auf dem Lande findet man häufig, daß die Krankheit von Tieren auf den Menschen übertragen wird. Wenn auch die Bartflechte eine unangenehme Krankheit ist und feinerlei bleibenden Schaden verursacht, so ist es doch notwendig, die Kenntnis ihrer Entstehung und Verhütung in den weitesten Kreisen zu verbreiten, zumal die Heilung oft lange Zeit beansprucht und manchmal eine Behinderung der Berufstätigkeit bedingt. Für die Behandlung der schon länger bestehenden Bartflechte hat sich die Röntgenbestrahlung als ein ganz vorzügliches Mittel gezeigt. Dr. C.

Dorpat.

Dorpat, die alte deutsche Univeritätsstadt, in die jetzt die deutschen Truppen eingerückt sind, hat eine so bedeutende Rolle in der Kultur des Baltenslandes gespielt und ist erst im letzten Menschenalter gewaltsam von den zarischen Machthabern russifiziert worden. Aber der Despotismus zweier Jaren hat es nicht vermocht, völlig die Saat zu zerstören, die hier solange Zeit hindurch die reichsten Früchte getragen hat; trotz allen Verfolgungen und Gewaltmaßnahmen ist die Bewohnerzahl deutschen Stammes im Dorpat nicht gesunken. Die Russen vermochten im öffentlichen Leben die deutsche Sprache zu unterdrücken, die Univerität zu russifizieren; die in ihrem Wesen deutsche Stadt zu verrufen, das gelang ihnen nicht. Diese Mittelstadt, gleich reichvoll in ihrer Lage am Embach wie in ihrem Aufbau, trägt in hundert Einzelheiten deutsche Physiognomie, und jetzt werden sich die Bewohner wie die deutschen Truppen in einer deutschen Stadt fühlen. Däne ist die große Mehrzahl der etwa 50 000 Seelen zählenden Einwohner deutschen Stammes; nur eine Minderheit besteht aus Esten, und die in Dorpat ansässigen Russen stehen an Zahl den Esten noch nach.

Liebliche Hügel umsäulen das Stadtbild, breite Promenaden beiderseits längs des Embachs dienen gleichzeitig als Deiche gegen die zur Zeit der Schneeschmelze stets mächtig anschwellenden Fluten des Wasserlaufs. Auf seiner rechten Seite erhebt sich der Domberg, einstmals Dorpats Zitadelle, auf dem sich die Domkirche und der bischöfliche Palast erheben. Der Dom selbst freilich ist eine Ruine. Der frühgotische Backsteinbau wurde im Jahre 1624 am Johannisstage ein Raub der Flammen. Der Chor wurde später wieder aufgebaut; man beherbergt heute dort die Univeritätsbibliothek mit ihren reichen Schätzen.

Die Univerität bildet den Kern, um den sich Dorpats neuere Geschichte gruppiert; ihre Wandlungen liegen zu Füßen des Domberges, und rings um diesen schließen sich die zur Hochschule gehörenden wissenschaftlichen Institute, wie die Kliniken, die berühmte Dorpater Sternwarte an. Gustav Adolf von Schweden war es, der im Jahre 1622 die Univerität gründete. Im Jahre 1710, während des nordischen Krieges, erloß sie auf beinahe ein Jahrhundert, und erst im Jahre 1802 wurde sie von Kaiser Alexander I. wieder eröffnet. Seitdem bildete sie den geistigen Mittelpunkt des ganzen Baltenslandes und die Pflanzstätte deutschen Geistes und deutscher Wissenschaft. Ihr erster Kurator war Klinger, Goethes Jugendfreund und einstiger Sturm- und Drangdichter, der freilich zu der Zeit, als er Univeritätskurator wurde, schon ein griechischer General und Vedant war. Die Dorpater Univerität war in ihrem Aufbau und in ihren Methoden völlig deutsch; von anderen deutschen Hochschulen wurden berühmte Lehrkräfte herangezogen; auch das studentische Leben und Treiben entsprach ganz dem in den deutschen Univeritätsstädten. Ein große Zahl deutscher Gelehrter von Weltruf hat in Dorpat gewirkt und ist zum Teil dort geboren, so die berühmten Astronomen Mädler und Struve, der große Chirurg Ernst v. Bergmann, Adolf Harnack, Theodor Schiemann und Adolf Wagner. Nachdem schon unter Kaiser Nikolaus I. Versuche der Russifizierung der Univerität gemacht worden waren, wurden unter Alexander II. die alten deutschen Privilegien wieder beseitigt, aber unter seinem Nachfolger, etwa um das Jahr 1855, begann die zielbewusste Unterdrückung des Deutschtums in Dorpat, die schließlich zu Beginn dieses Jahrhunderts aus der berühmten Pflanzstätte deutschen Geistes eine völlig russische Univerität machte, an der die deutsche Sprache aus strengster Verbote war. Nur die evangelisch-theologische Fakultät durfte noch vereinzelt deutsche Vorlesungen abhalten; im Laufe des Krieges fanden auch diese ein Ende.

Eine Zentralbücherei für Blinde.

Da die Zahl der Blinden, die im Jahre 1900 in Deutschland rund 35 000 betrug, durch den Krieg leider stark zugenommen hat, ist die Versorgung der Blinden mit Lesestoff besonders wichtig geworden. Sie ist mit nicht geringen Schwierigkeiten verbunden, da alle Bücher in Blindenschrift übertragen und ganz neu hergestellt werden müssen. Die Blindenanstalten unterhalten zwar eigene Büchereien, sie sind aber meist recht einseitig und können dem Bedürfnis geistig reifer Menschen nicht genügen. Außerdem stehen sie den Erblinden, die weder in einer Anstalt leben noch in einer solchen ausgebildet sind, nicht zur Verfügung. Unter diesen Umständen ist die Ausbildung einer Volksbücherei von besonderer Bedeutung, die allen Blinden ohne jede Einschränkung zugänglich ist. Das ist das Ziel der Deutschen Zentralbücherei für

Blinde zu Leipzig, über die der Museumsdirektor Prof. Dr. Schramm (Leipzig) in einer kürzlich erschienenen Schrift berichtet. Schon im Jahre 1894 wurde in Leipzig ein „Verein zur Beschaffung von Hochdruckschriften für Blinde“ gegründet, der mit 28 gespendeten Bänden seine Tätigkeit aufnahm. Durch Ankauf von Werken in Blindendruck wurde der Bestand bis zum Jahre 1901 auf 348 Bände gesteigert. Marie Konnig-Klamroth, die in diesem Jahre die Leitung übernahm, warb durch einen Aufruf für eine Abschreibergemeinschaft, die bis jetzt auf 200 Mitarbeiter gewachsen ist. Dadurch gelang es, nicht nur die Erzeugung von Blindendruck zu steigern, sondern auch die Bücher besser auszuführen. Im Jahre 1895 war bereits eine Blindendruckerei errichtet worden, auf die ebenfalls die strengeren Grundzüge der Bücherherstellung angewendet worden. So gelang es nicht nur, den Bücherbestand zu vermehren, auch die Zahl der Leser wuchs sehr rasch an. 1903 wurden 624 Bände ausgeliehen, 1916 7000 und 1917 (nach dem „Bibliothekar“) 12 488. Im Jahre 1918 konnte die Zentralbücherei aus längst unzulänglich gewordenen Verhältnissen befreit und ihr durch die Unterstützung des neugegründeten „Vereins zur Förderung der Deutschen Zentralbücherei für Blinde zu Leipzig“ ein ausreichendes und würdiges Heim in der Buchhändlerbörse an der Hospitalstraße gegeben werden. Neben dem Büchermagazin, dem Ausleihraum, einer besonderen Abteilung für Russalien, der Druckerei usw. ist noch ein freundliches Lesezimmer eingerichtet, das sich steigenden Zuspruches erfreut.

Als Vorgang der Zentralbücherei nennt Prof. Schramm, daß sie in ihrem Bestand recht vielfältig und vor allem wissenschaftlich ist. „Schon von Anfang an war darauf gesehen worden, nicht nur Unterhaltungsliteratur zu schaffen, sondern auch wissenschaftliche und belehrende Werke zu kaufen und herzustellen.“ Alle Arten der Literatur, wie sie die moderne Volksbücherei verarbeitet, sind hier vertreten; auch Jugendchriften und zeitgemäße Bücher fehlen nicht.

Mit der Zentralbücherei ist auch eine Kunststiftung für alle Blinden und eine Museumsabteilung für Blindenschrift und Blindendruck verbunden, die nicht nur die geistliche Entwicklung des Schrift- und Buchwesens der Blinden, sondern auch deren Technik mit Gegenüberstellung von guten und schlechten Beispielen enthält.

Notizen.

— Das alte Berliner Volkslied, das unseren Vätern und Großvätern in so guter Erinnerung ist und immer wieder im Gegenlag zum modernen Operetten- und ähnlichen „Betrieb“ gepriesen wird, kommt von Zeit zu Zeit neuerlebt wieder zum Vorschein. Einen recht guten Griff hat das Charlottenburger Schiller-Theater mit der Aufführung von Heinrich Wifens Volkslied „Hofenraths Erben“ gemacht. Was bei dem Erfolg auf Kosten des alten, was auf den des neuen kommt, ist gleichgültig; das Ganze schlägt mit seiner harmlosen Lustigkeit, den von Fritz Steined munter komponierten neuen Couplets, der klotzen Ausführung vortrefflich ein. Die Darsteller sind mit Lust und Liebe bei der Sache, vor allem stellen Alfred Braun und Karl Eser Typen der gewissen und braven Menschen, wie das Volkstum sie liebt, vortrefflich die Fühlung mit dem Volke im Zuschauertraum her.

— Gesellschaft für Volksbildung. Im Ausg. geteilde-Pineum: Donnerstag (8 Uhr): „Großstädtische Erziehung“ von A. Lews. Sonntag (7 Uhr): „Goethes Faust“ von Dr. Pahlmeyer. Im Theateraal, Invalidenstr. 57-62: Mittwoch (8 Uhr): „Winterabend“. Freitag (8 Uhr): „Die deutsche Stadt im Mittelalter“ (Prof. Schüring). Sonntag (7 Uhr): „Nieder zur Laute und Dichtungen“.

— Königs neuer Kuntpalaß. Der König von Bayern hat 1 200 000 M. für ein neues Kunstaustellungshaus gestiftet.

— Die deutschen Zibillgefangenen im Lager von Wakefield (England) veranstalteten diesen Winter, wie uns ein erst jetzt zugegangenes Vorlesungsberichts zeigt, wissenschaftliche Fortbildungskurse in großer Zahl. Als Rektor ist Prof. J. Waesjen tätig. Die Kurse verfolgen — neben den weiterbestehenden Abiturienten- und Einjährigkurien — praktische Zwecke, sie sollen zur gründlichen Arbeit anregen. Es wird eine geringe Gebühr erhoben, doch gibt es auch ganz freie Vorlesungen. Lebendiger wurden aus Deutschland beschafft. Die Kurse bieten erlaublich viel aus den Gebieten der Rechts- und Handelswissenschaften, der neueren Sprachen, der Technik, der Natur- und Geisteswissenschaften. Man kann Türkisch lernen so gut wie Anatomie, man kann eine Vorlesung über Platons Staat hören oder über Kolonial- oder Gewerbepolitik. — Der (englischen) arifischen Vereinigung junger Männer verbannt das Unternehmen tatkräftige Beihilfe.

Töchter der Heluba.

Ein Roman aus unserer Zeit von Clara Wiebig.

Jemand hatte ihr das geraten. Und sie hatte den Rat seinerzeit auch gut befunden. Vielleicht war der Gustav doch nicht in Sibirien, sondern wo anders. Leicht möglich, in Sibirien. Da kriegte ja niemand eine Nachricht her. Sie war zu mehreren Versammlungen in Berlin gewesen, wo alle die sich zusammenfanden, die keine Nachricht erhielten. Ran war wie eine Familie. Die Mütter sahen zusammen, als wären sie Schwestern, die Väter berieten gemeinsam. Einer erzählte dem andern seine Geschichte: am Ende mußte der andere doch einen Rat.

Da ging sie nun längst nicht mehr hin. Von denen hatte schon mancher sein Kind wiedergefunden. Als sie das letzte Mal die Elternversammlung besucht hatte, war eine Mutter dagewesen, sie hatte vor Freude laut geweint: „heut, heut hatte sie einen Brief erhalten von ihrem Sohn. Aus Sibirien. Wie durch ein Wunder. Kaum lesbar, zerfetzt, über unzählige Meilen gegangen. Erst hatte der Sohn im Lazarett gelegen — wo, mußte er selber nicht — nun mußte er Bäume fällen in einem Urwald, es war eiskalt, er hatte es unfähig schmer, aber er lebte. Er lebte! Es war ihm gelungen, einem Schweden den Brief zuzufinden, der hatte ihn weiter befördert. Die Mutter war wie außer sich vor Glück: „Mein Sohn lebt! Sie schrieb es in den Saal. Darin war zu anderen Zeiten getanz worden, von der Tribüne herab, auf der die Musik sollte Länge geschmettert hatte, sollte sie den Brief vorlesen, aber sie konnte es nicht, die Freudentränen erstickten sie. Sie hielt nur das Blatt empur und schwenkte es: „Lebt, lebt!“ und dann sank sie auf die Knie. Weinte sie? Sie falteten alle die Hände. Keiner sprach ein Wort.

Die hatte also doch Nachricht bekommen — und sie? Die Krüger war nicht mehr hingegangen. Auch in die Zeitungen würde sie es nicht mehr lesen lassen, schon sehr viel Geld hatte das gekostet — wozu? Es war besser, sie legte das beste für Gustav. Wer weiß, wie er wiederkam! Ob er es nicht nötiger brauchte; er war vielleicht krank. Oder er kam als Krüppel, ohne Arme, ohne Beine. Gleichviel, wenn er nur da war! Sie würde schon für ihn sorgen, ihn auf Händen tragen, ihm an den Augen absehen, was er sich wünschte.

Mit jugendlicher Kraft stieß die alte Frau den gewichtigen Spaten ein und hob Scholle auf Scholle. Hier sollten Frühkartoffeln her, Kaiserkrone, die er so gerne aß. Ob er wohl schon da war, wenn sie die ausbuddelte? —

Die Krüger war wirklich nicht bei Trost, daß die noch immer auf ihren Jungen hoffte. Da war doch nichts mehr zu hoffen. Kein Mensch glaubte mehr daran, daß Gustav Krüger wiederkommen könnte. Man sagte es der Mutter bloß nicht ins Gesicht, aber man ließ sie es doch durchfühlen, und das brachte die Frau in eine fast feindselige Stimmung. Sie nahm es den Leuten übel, daß die nicht mit ihr warteten und glaubten. Großleid zog sie sich in ihren Garten zurück, zu ihren Tieren: die waren besser als die Menschen. Und doch hielt sie es jetzt wiederum kaum mehr aus in ihrer Einsamkeit; ein unfähiges Verlangen trieb sie zu fragen: „Glaubt ihr, daß er wiederkommt?“ Diese Frage bestätigen zu hören mit: „Ja, gewiß!“

Hedwig Bertholdi sah die alte Frau in ihrem Garten arbeiten: wie weiß die geworden war. Arme Frau! Ruhte man jetzt nicht Mitleid mit jeder Mutter haben? Mit der, die schon um Verlorenes trauert — mit der, die noch zu verlieren fürchtet. Welche war schlimmer daran? Es war für beide gleich schmerz. War diese Zeit für Mütter nicht noch schwerer als für Gattinnen? Die Hingabe der Gattin kommt nicht der Hingabe der Mutter gleich. Die alternde Frau hat nichts zu erhoffen mehr, was bleibt ihr noch? Jugend, Schönheit, Leidenschaft sind nicht mehr, sie selber begehrt nicht und wird auch nicht mehr begehrt. All das, was sie einst beglückt hat, beglückt sie jetzt nicht mehr, ihre Sinne sind kühler geworden, ihre Wünsche kleiner; sie hat sich bescheiden gelernt, bescheiden lernen müssen, die Welt geht an ihr vorbei, sie steht beiseite. Die Alternde kann nicht noch einmal wie die Junge von neuem beginnen. Der Sohn ist ihr das letzte: die Hoffnung, das Glück.

Wenn Hedwig Bertholdi darüber nachdachte, überkam sie ein großes Mitleid. Obgleich die Schwiegertochter neben ihr lebte, war sie sehr einsam; dieses junge Geschöpf verstand sie nicht, und sie verstand es nicht mehr. Jugend muß erst durch tiefes Leid gehen, um nachzufühlen, wie die empfindet, die schon jenseits der Grenze steht. Es war ihr ganz natürlich, daß sie die Hand hinüberstreckte: „Frau Krüger, wie geht es Ihnen?“

Die Emige blickte auf. Bögernd legte sie ihre arbeitsharten Finger in die weiche, geschonte Hand. Als sie aber

in das Gesicht der Dame blickte, wurde der Druck ihrer Hand fester: die sah auch aus, als ob sie wüßte, was Nummer ist. Und den Söhnen ging es doch noch gut; die schrieben ihr. „Die Frau Rossi hat es mir gesagt, Ihr Kletterer ist unter die Flügel gegangen. Die junge Frau von Herrn Rudolf ist ja noch ganz vergnügt. Ich höre ihr singen. — Mein Gustav hat noch immer nicht geschrieben.“ Eine angstvolle Klage stierte bei den letzten Worten in der müden Stimme.

Sollte sie dieser armen Mutter die letzte Hoffnung nehmen? „In diesen Gefangenenlagern dürfen sie nicht schreiben“, sagte Hedwig Bertholdi. „Das ist grausam. Aber da es bekannt ist, ist es wiederum ein Trost. Man weiß nun doch, woran es liegt, wenn man keine Nachricht bekommt.“

„Glauben Sie denn noch, daß mein Sohn lebt?“ fragte die Krüger und sah die andere durchbohrend an aus ihren eingesunkenen glanzlosen Augen.

Und wiederum überkam es Hedwig, sie konnte nicht anders, sie mußte lügen. „Warum soll ich es denn nicht glauben?“ sagte sie eifrig. „Aber, Frau Krüger, Sie waren doch sonst so voll Zuhersicht — wissen Sie noch, wie Sie zu mir kamen, ihn erkannt hatten auf dem Gefangenenbilde?“

„Es ist schon so lange her“, murmelte die Frau. „Es wird immer länger. Manchmal denke ich, er ist am Ende doch tot.“ Sie blickte düster vor sich nieder. „Aber nun fuhr sie auf: „Das hält ich doch erfahren müssen, nicht wahr? Man kann doch ein Kind nicht einfach einsperren, ohne es seiner Mutter zu wissen zu tun, nicht wahr?“

Es überließ Hedwig. „Aa, nun kam der peinliche Zweifel! „Machen Sie sich keine solchen Gedanken“, sagte sie herzlich. „Was nützt uns alles Denken, alles Hinundher zwischen Zuhersicht und Zweifel. Jetzt spielt das Schicksal mit uns so unbegreiflich wie nie zuvor!“

„Aa, was, Sie weichen mir nur aus!“ Die Krüger blickte argwöhnisch. „Sagen Sie mir, glauben Sie, daß mein Gustav noch am Leben ist?“ Sie hatte sich ausgerichtet, ihre hager gewordene Gestalt rohte sich am Baum, ihre Hand ballte sich zur Faust: „Verfluchter Krieg! Lebt mein Sohn, oder lebt er nicht?“ Ihr Ton war drohend.

Hedwig nicht beängstigt. „Sicherlich lebt er noch. Sonst hätten Sie doch etwas zu hören bekommen.“

(Fortf. folgt)

Verkäufe

Planblechhaus, Hermann-Platz 6. ... **Verkauf.** Ein Akkumulator, 12 S. 50 ... **Verkauf.** Ein Akkumulator, 12 S. 50 ... **Verkauf.** Ein Akkumulator, 12 S. 50 ...

Samstagabend! ... **Verkauf.** Ein Akkumulator, 12 S. 50 ... **Verkauf.** Ein Akkumulator, 12 S. 50 ... **Verkauf.** Ein Akkumulator, 12 S. 50 ...

Möbel in großer Auswahl. ... **Verkauf.** Ein Akkumulator, 12 S. 50 ... **Verkauf.** Ein Akkumulator, 12 S. 50 ... **Verkauf.** Ein Akkumulator, 12 S. 50 ...

Kaufgesuche ... **Verkauf.** Ein Akkumulator, 12 S. 50 ... **Verkauf.** Ein Akkumulator, 12 S. 50 ... **Verkauf.** Ein Akkumulator, 12 S. 50 ...

Verkauf. Ein Akkumulator, 12 S. 50 ... **Verkauf.** Ein Akkumulator, 12 S. 50 ... **Verkauf.** Ein Akkumulator, 12 S. 50 ... **Verkauf.** Ein Akkumulator, 12 S. 50 ...

Verkauf. Ein Akkumulator, 12 S. 50 ... **Verkauf.** Ein Akkumulator, 12 S. 50 ... **Verkauf.** Ein Akkumulator, 12 S. 50 ... **Verkauf.** Ein Akkumulator, 12 S. 50 ...

Verkauf. Ein Akkumulator, 12 S. 50 ... **Verkauf.** Ein Akkumulator, 12 S. 50 ... **Verkauf.** Ein Akkumulator, 12 S. 50 ... **Verkauf.** Ein Akkumulator, 12 S. 50 ...

Ordnung Anzahl Schmiede und Schirmermeister ... **Verkauf.** Ein Akkumulator, 12 S. 50 ... **Verkauf.** Ein Akkumulator, 12 S. 50 ... **Verkauf.** Ein Akkumulator, 12 S. 50 ...

Sofort gesucht!
Mehrere 100 Arbeiter
über 16 Jahre, für große Heeresarbeiten (Erd- und Betonarbeiten),
noch auswärts mit polizeilichem Personalbeweis, sowie auch
30 tüchtige Zimmerleute,
mehrere Tischler, Schmiede und Schlosser.
Unterkunft und Verpflegung auf der Baustelle ist geregelt.
Julius Berger, Tiefbau-A.G., Berlin W 9.
Meldungen an unser Baubureau Müllerstr. 182. 2390L*

Härter,
der mit dem Einsatzschloß und dem Herten oder Stahlherten verdrahtet ist, stellt sofort ein.
R. Frister Akt. Ges.,
Berlin-Oberschönweide.

Einrichter
für einfache Drehbänke sucht sofort
Fr. J. Bretling, Borsigwalde.
Wir suchen für den Geschäftsbetrieb der Volkshausgesellschaft Berlin zu Anfang April d. J. einen
Geschäftsführer.
Bewerber wollen ihre Gesuche nicht Ansprüche umgehend richten an
Ed. Neid, Weimar,
Sinnere Strasser Straße 18.
Gelernte, tüchtige
Dreher, Werkzeugmacher
oder **Mechaniker**
für Bohrmaschinen und Vorrichtungen sucht sofort
H. Langer, Kassel-Friedrich-Str. 220.

Maurer, Zimmerleute
und **Arbeiter**
werden eingestellt beim Bau der Filialstation Karlsdorf.
Berlinische Boden-Gesellschaft.
Zu melden beim Voller Schäfer, Baustelle.
Carl Lederer, Georgenstraße 11
21/10*

Zeitungshändler
für Straßenverkauf des „Vorwärts“
gesucht.
Hauptexpedition des „Vorwärts“,
Lindenstraße 3.
Tüchtige Schlosser u. Dreher
sowie **Fräser**
für dauernde Beschäftigung gesucht.
Mercur-Flugzeugbau G. m. b. H.
N.W. 36, Treptower Straße 36-42.
Energischer Meister für Kleberei
und zur Beaufsichtigung eines groß. Arbeiterpersonals
per sofort gesucht.
Ballonhüllen-Gesellschaft m. b. H.
in Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Str. 52/54.
Maschinenmeister für lithographischen
Druck
sowie ein **Schleifer** und **Arbeiter** finden sofort
Stellung bei
Heymann & Schmidt A.-G.
Schönhauser Allee 161. 24212*
Kaufleute, Konduktoren, Schachmeister ver-
suchen sich
Verdienst
Arbeiterkolonnen
für große Poststelle. Näheres bei
Karl Brandt, Berlin W 2, Scheidestr. 7.

Karltonzuschneider,
beruft an Handmähne, auch
Kriegsbeschädigten, verlangt
Bürgschaft u. Jungmann.
Müllerstr. 62. 24200
Bahnen-Vernieder,
fähigen Unterarbeiter, verlangt
11, Kanbarstraße 11.
Steindruck-Maschinenmeister
21/15 verlangt
Max Krause,
Alexanderstraße 23.
Gehrlinge für das Silber-
schmelzhandwerk
suchen für sofort oder später
Körner & Prall, Silberwarenfabr.,
Schneefelderstr. 16.
Kohlenpreller ver-
langt
Elektra-Schmidt,
Str. 13
Botenfrauen
heißt sofort ein
„Berliner Tageblatt“,
Lüderstr. 69.
Tafelarbeiten
für seinen Haushalt zum so-
fortigen Eintritt bei dauernder
Stellung sucht
Liese Weinschenk,
Schöneberg, Badensche Str. 54.
Judenarbeiterinnen
für seinen Haushalt zum so-
fortigen Eintritt, dauernde
Stellung, sucht
Liese Weinschenk,
Schöneberg, Badensche Str. 54.
Leimerin,
Komplettererin
suchen
Mack & Mey,
Wallstraße 57.
Berthelde Näherin
auf Handloch - Näh-
maschine, eingearb. gel.
Edmund Baum & Co.
Quandstraße 12. III. Col. II.

Arbeitskräfte
erhalten Sie am schnellsten durch
eine Anzeige im Arbeitsmarkt
der Tageszeitung der Arbeiter-
schaft von Groß-Berlin, dem
„Vorwärts“

Scheidemann über Frieden und Streik.

134. Sitzung des Reichstags.
Dienstag, 26. Februar 1918, nachmittags 3 Uhr.
Am Bundesratsstische: Pappe, Ballraf, Graf Koedern.

Kleine Anfragen.

Abg. Alpers (Welfe) regt in einer Anfrage die Verlegung des Sitzes des Reichsausschusses für den Wiederaufbau der Handelsflotte von Berlin nach einer Hansestadt an.

Ministerialdirektor v. Torgler: Eine Verlegung nach einer Hansestadt würde die Arbeiten unermesslich verzögern.

Abg. Dr. Heßler (Sp.) wünscht Auskunft, welche Schritte in jüngster Zeit unternommen worden sind, um das Los deutscher Zivilgefangener in englischen Konzentrationenlagern zu bessern.

Herr Legationsrat v. Keller: Die Regierung hat überall dann, wenn ihr Klagen zu Ohren gekommen sind, ausdrückliche Vorstellungen bei der englischen Regierung erhoben. Auf unsere Beschwerde hin sind die Klagen über die ungenügenden Lebensmittelrationen geringer geworden. Doch sind bei den Zurückgekehrten noch immer Zeichen von Unterernährung festgestellt worden.

Abg. Geier (N. Soz.) weist in einer Anfrage darauf hin, daß Staatssekretär v. Kühlmann in Bresch-Bitowsk erklärt habe, in Deutschland bestünde keine Vorkensur. Tatsächlich stehe aber die Leipziger Volksz. unter Vorkensur.

Ministerialdirektor Lemow: Staatssekretär v. Kühlmann hat in Bresch-Bitowsk selbstverständlich nur sagen wollen, daß von einer allgemeinen Vorkensur für alle Zeitungen in Deutschland keine Rede sei. Dagegen hat er durchaus nicht in Übereinstimmung wollen, daß in einzelnen Fällen für gewisse Zeitungen zu dieser Maßnahme einmal gegriffen werden muß.

Die erste Etatslesung.

Staatssekretär Graf Koedern:

Der ordentliche Haushalt balanziert mit 7.832.600.000 M. gegenüber 4.941.876.000 M. im Vorjahre, weist also eine Steigerung um 2.890.724.000 M. nach. Der außerordentliche Haushalt schließt mit 426.068.823 M. gegen 93.204.902 M. ab. Im letzten Jahre hatte das Haus zum Ausgleich neben laufenden Steuern durch den 20prozentigen Zuschlag zur Kriegsteuer eine einmalige Einnahme bewilligt, die wir damals auf etwa 500 Millionen veranschlagt haben, die uns aber in etwa dem doppelten Betrag im laufenden Rechnungsjahre zugute kommen dürfte. Die Tatsache, daß es sich hier um eine einmalige Einnahme handelte, die in diesem Jahre wieder zu schaffen sein wird, führt uns zu dem Betrage, der in diesem Jahre zum Ausgleich der gesteigerten Ausgaben erforderlich wird, und der mit

2.875 Millionen Markt Mehrausgabe

zu schätzen ist. Der Mehrbedarf findet seine Hauptbegründung in dem gesteigerten Rüstungsbedarf. Die Reichswehr erfordert eine Mehrausgabe von 2.348 Millionen. Der Grundlag, während des Krieges von neuen etatsmäßigen Stellen blosig abzusehen, hat sich nicht mehr voll aufrecht erhalten lassen. — Der Ertrag der sogenannten Kriegsgewinnsteuer mit Zuschlag wird voraussichtlich 5 1/2 Milliarden übersteigen. Die Kohlensteuer hat in der letzten Zeit annähernd 70 Millionen monatlich gebracht und die Zigarettensteuer wiegt den niedrigeren Ertrag der Warenumschlagsteuer reichlich auf. Wenn wir, wie ich hoffe, aus dem Kriege ohne ungedeckte Fehlbeträge der Kriegsjahre herausgehen werden, so ist das auf die beiden Bewilligungen der letzten Jahre zurückzuführen. Daß der Reichstag an seinen bisherigen Grundlagen weiter festhalten wird, glaube ich bestimmt annehmen zu dürfen. Die entsprechenden Steuererlöse werden Ihnen, da sie noch nicht im Bundesrat durchberaten werden konnten, erst zu Opfern ausgehen können. Ob wir diese Vorlagen schon als den ersten Schritt in die

große, am Ende des Krieges erforderliche Finanzgeheißung

oder wieder als eine Zwischengeheißung während der weiteren Dauer des Krieges zu betrachten haben werden, steht noch dahin. Aber auch für den letzteren Fall werden unsere Gegner an der Bestfront an dem Willen und der Kraft finanziell den Endkampf auch hier zu bestehen, nicht zu zweifeln haben. Die Kapitalisten unserer Sparte rufen sich zu der im März wieder aufzuliegenden Kriegsanleihe. Der Zuwachs bei den Sparkassen ist außerordentlich stark. Es ist im letzten Jahre nach Abbuchung aller Zeichnungen der Sparer auf die Kriegsanleihe auf 5 1/2 Milliarden zu schätzen. Die Zahl der Sparkassenbücher hat sich 1917 um mindestens 1 1/2 Millionen vermehrt. Das im Kriege nun einmal schneller rollende Geld ist also in weite Kreise geflossen, in die Kreise, die die Millionenzahlen der Reichner der letzten Anleihen stellen und die hoffentlich bei der nächsten wieder fließen werden. (Beifall.)

Reichskanzler Graf Hertling erscheint im Saal.

Abg. Trimborn (Zentrum):

Die Bewegung für den Frieden wächst in allen Ländern zusehend. Der erste Schritt war die Friedensbotschaft unseres Kaisers 1916. Für schriftliche Friedenswille wurde durch den Beschluß des Reichstags vom 19. Juli 1917 beauftragt. Den ersten

Erfolg der weiteren mühsamen Friedensarbeit

haben wir am Freitag mit dem Ukrainevertrag einbringen können. Gestern haben wir die hoch erfreuliche Mitteilung von der Annahme der deutschen Friedensbedingungen durch Rußland gehört. Am 1. August 1917 erfolgte die Friedensfindung durch den Papst, die von Deutschland sofort als geeignete Grundlage für geeignete Friedensverhandlungen bezeichnet wurde. Belgien hat erst Weihnachten 1917 darauf geantwortet und zwar nicht durchaus ablehnend. Leider hat Wilson damals in einem Tone erwidert, der ehrlichen Friedenswillen nicht erkennen ließ. Die Nichtbeantwortung durch die übrigen Entente-Mächte hat verhindert, daß der Schritt des Papstes, der ein unvergleichliches Verdienst war, unmittelbaren praktischen Erfolg hatte. Aus der gestrigen Rede des Reichskanzlers ist aller Welt klar geworden, daß über die großen, für die Zukunft der Völker entscheidenden Fragen Übereinstimmung und in den kritischen Fragen Verhandlungsmöglichkeit besteht. Wilson hat durch seine letzte Kundgebung bewiesen, daß ihn die von Eroberungsabsichten diktierten Versailler Beschlüsse nicht abgehalten haben, weiter für den Frieden tätig zu sein. Den Ergebnissen der sein abgewogenen und nächsten Betrachtung des Reichskanzlers über die vier Punkte des Wilsonschen Friedensprogramms stimmen wir vollständig zu. Besonders erfreulich erscheinen uns die Ausführungen des Reichskanzlers über Belgien. Das oft verlangte klare Wort über Belgien hat mit einer direkten Einladung an die belgische Regierung geschlossen. Einflußreiche englische Politiker haben uns wiederholt gesagt, daß Klarheit über Belgiens Schicksal die Vorbedingung für die Annahme der allgemeinen Friedensverhandlung sei. Jetzt gilt es für England liberale Politiker: Mio Rhodus, Mio Salta. — In den Ostfragen begrüßen wir mit von Herzen die frohe Botschaft des gestrigen Tages. Mit den politischen Zielen des militärischen Vormarsches im Osten sind wir einverstanden. Eroberungsziele werden nicht verfolgt. Es wird Deutschlands Ruhm sein, daß es die armen Völker von ihren schweren Leiden erlöse.

Die Rede des Reichskanzlers zeigte eine erfreuliche Frische. (Heiterkeit.) Dem von ihm entwickelten Programm stimmen wir zu. Auch seine Ausführungen über die gegenseitige Stellung von Parlament und Regierung finden unsere vollste Zustimmung. Die elshah-kohtingische Frage bezeichnet der Reichskanzler mit Recht als eine rein deutsche, und wir erwarten Vorschläge der Regierung zu ihrer Regelung. Wenn die Erwartungen der Lebensmittelführer aus der Ukraine sich auch nur einigermaßen erfüllen, so schwindet jede Ernährungsfrage. Die musterergültige Haltung unseres Volkes wird auch nicht beeinträchtigt.

durch den Streik,

der am gesunden Sinn unserer Arbeiterschaft scheiterte. Es war ein politischer Streik, veranlaßt von den unabhängigen Sozialdemokraten. Kein Ausdruck ist scharf genug, dieses Verhalten der unabhängigen Sozialdemokraten zu brandmarken. Wertwürdige Leute sind diese Unabhängigen. Sie streiten für den Frieden, aber den ersten Frieden, den wir schließen können, lehnen sie ab. Sie wollen eben nicht Frieden, sondern internationale Revolution. (Zustimmung im Zentrum und rechts.) Nicht zu recht fertigen ist auch das Verhalten der sozialdemokratischen Mehrheit. Sie wollten wohl einer klaren Auseinandersetzung mit den Unabhängigen aus dem Wege gehen und ein weiteres Abschweifen der Arbeitermassen zu diesem vermeiden. Aber das vaterländische Interesse hätte für sie ausschlaggebend sein müssen. Die klare Auseinandersetzung mit den Unabhängigen werden sie sowieso nicht vermeiden können. Auch die freien Gewerkschaften hätten den Streik wie die übrigen Arbeiterorganisationen deutlich beurteilen müssen. Korrekt und fest war das Verhalten der Regierung. Durch ihre Bereitwilligkeit zum Verhandeln mit Vertretern der Gewerkschaften gab sie zu erkennen, daß sie wirtschaftlichen Schäden abzuwenden bereit ist. — Redner geht dann auf Einzelheiten des Etats ein und betont das besondere Interesse seiner Freunde an Ausbau des Einigungs- und Tarifwesens, an den Kriegseinsparnissen, an der Fürsorge für die Beamten und am Mittelstand. Nach dem Kriege, darin sind wir wohl alle einig, werden wir allmählich wieder zu einer freien Volkswirtschaft gelangen müssen. Redner hofft auf einen guten Ausgang der preussischen Wahlreform, die allerdings lediglich bei den preussischen gelehrenden Fakultäten liege, und sieht im Christentum die Macht, die moralischen Schäden des Krieges zu heilen. Das Jahr 1918 wird das Jahr der Entscheidung sein. Unerschütterlich ist unser Vertrauen zur Obersten Herrschaft. (Bravo! im Zentrum.)

Unterstaatssekretär von dem Busche berliest darauf das deutsche Ultimatum, das von der russischen Regierung angenommen ist.

(Siehe erste Seite.)

Abg. Scheidemann (Soz.):

Auch ohne die Mitteilungen, die der Unterstaatssekretär eben gemacht hat, wäre es unmöglich, in diese Debatte über die allgemeine politische Lage einzutreten, ohne das

große Trauerspiel Rußland

zu gedenken, über dessen fünften Akt wahrscheinlich in diesen Tagen der Vorhang fallen wird. Der Reichskanzler hat uns ja gestern mitgeteilt, daß die russische Regierung die deutschen Friedensbedingungen angenommen hat. Was jetzt aus Rußland geworden ist, das zu erreichen war — das sage ich ganz offen — nicht unsere, der deutschen Sozialdemokratischen Absicht. Wir kämpften zur Verteidigung unseres Vaterlandes gegen den Jarrismus, wir kämpften gegen Eroberungspläne der Entente, aber wir kämpften zu wenig für die Befreiung Rußlands wie wir für die Unterdrückung der belgischen Unabhängigkeit oder für Longwy und Brieg kämpfen wollten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir hatten es für notwendig, vor aller Welt zu bekunden, daß die Politik, die gegen Rußland betrieben worden ist, nicht unsere Politik war. Mit Beifall hat man hier einst die Erklärung des Reichskanzlers vernommen, daß er für das Selbstbestimmungsrecht der Völker eintreten wolle. — Das ist nicht schon damals hinzugefügt hat, das Selbstbestimmungsrecht der russischen Mandbörcher schließe einen freiwilligen Wiederaufschlag an Rußland wieder aus, was wohl ein Akt diplomatischer Vorsicht. Derartige Vorsicht ist aber geeignet, eine gleiche Vorsicht auf der anderen Seite hervorzuwachen. Nachdem die russische Regierung den deutschen Vorschlägen von West-Bitowsk zugestimmt hat, scheint die Loslösung der russischen Mandländer von Rußland unvermeidlich. Es damit für die Zukunft des deutschen Volkes etwas Nützliches erreicht ist, bezweifeln wir. Offen gesagt: wir befürchten das Gegenteil. Inzwischen haben leere Proteste gegen Dinge, die wir zu hindern bestritten, aber nicht stark genug waren, keinen Zweck. Aber für unsere Pflicht halten wir es, hier auszusprechen, daß man diese Länder nicht in ein Verhältnis zu Deutschland bringen darf, das sie selber vielleicht nicht wollen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Für unsere Pflicht halten wir es ferner, in letzter Stunde noch einmal zu sagen, daß man nicht Zustände schaffen soll, die schließlich das Hervorbrechen von Revolutionen in Rußland unvermeidlich machen. Wenn in der Dispositiv nicht unsere Anschauungen durchgedungen sind, wenn gegen unseren Rat ein Weg beschritten worden ist, der noch unserer Überzeugung nicht zum Wohle unseres Volkes führt, so hat an dieser Entwicklung der Dinge

der russische Volkswille sein rechtlich Teil beigetragen.

Er hat Rußland, nachdem der Jarrismus seine Schrecken verloren hatte, vollständig entworfen und er hat wenigstens in der ersten Zeit für die Erhaltung des russischen Reichs nicht das geringste Interesse gezeigt. Damit hat er allen Abtrennungsplänen geradezu in die Hände gearbeitet. Wenn er jetzt verlangt, wir sollten durch eine Revolution den entstandenen Schäden wieder gut zu machen suchen, so verlangt er zu viel von uns. Noch stehen wir im Westen im Kriege, und die bolschewistischen Reize haben sich nicht so bewährt, daß ihre Anwendung auf Deutschland zu empfehlen ist. Wenn die deutschen Vertreter jetzt den Versuch machen wollten, Rußland zu retten und wenn Deutschland dadurch in ähnliche Zustände geriete wie Rußland — dürften wir dann hoffen, daß die Engländer und Franzosen ihre Rettungsversuche an Deutschland festsetzen werden? Man mühte sehr stark im Glauben sein, um diese Zweifel zu beseitigen. (Sehr wahr!) Wir empfinden es schmerzlich, daß wir nicht die Macht haben, eine Entwicklung aufzuhalten, die wir für unheilvoll halten. Aber wir wünschen nicht, unter Umständen zur Macht zu gelangen, die uns zwingen, mit der Entente einen Frieden zu schließen, wie ihn Trotski und Lenin jetzt mit dem Bierd und schließen. Es ist kein Eingipfel hier im Saal, der das will. Die

Art des Friedensschlusses mit der Ukraine und Rußland

macht die politische Lage dem Westen gegenüber verwickelter. England hat, wie nicht anders zu erwarten war, dem Ukrainefrieden die Anerkennung versagt. Wilson hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß alle Friedensfragen in einer allgemeinen Konferenz der Mächte gemeinsam zu lösen sind. Demgegenüber schaffte der Friedensschluß im Osten vollendete Tatsachen. Ich halte die Annahme für zu optimistisch, daß die Entente diese Tatsachen anerkennen wird, solange sie nicht dazu gezwungen ist. Wir Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkt, daß die im Osten getroffene Regelung ein unüberwindliches Hindernis für das Aufkommen eines allgemeinen Friedens sein dürfte. Das Glück, das uns durch diese Regelung be-

schert wird, ist höchst zweifelhafter Natur. Ober haben Sie im deutschen Volke irgendwo Freude und Genugtuung bemerkt, daß Litauen, Lituken, Polen und vielleicht noch andere Länder uns mehr oder weniger „freiwillig“ angelehnt werden sollen? Ach nein, das deutsche Volk freut sich bei dem Gedanken, daß wenigstens ein Stück des ersehnten Friedens da ist und es hofft, daß das übrige nun bald folgen wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Den in Aussicht stehenden „Anlehnungen“ sieht es aber mit großem Mißbehagen und Mißtrauen gegenüber. Bei einem anders gearteten Friedensschluß im Osten hätten wir wahrscheinlich an Ruhe und Sicherheit mehr gewonnen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ein Teil von Ihnen ist nun freilich der Ansicht, der Westen werde zu einem Verständigungsfrieden bereit sein, wenn er nur selber leidlich gut dabei fähig, er nehme kein Interesse mehr an Rußland. Ich wünsche aufrichtig, daß Sie damit recht behalten. Voraussetzung dafür ist aber, daß die deutsche Regierung dann

zu einem wirklichen Verständigungsfrieden,

wie ihn die Reichstagsmehrheit will und wie ihn der Reichskanzler doch auch will, bereit bleibt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten) und nicht etwa zu einem Frieden, wie er mit Rußland geschlossen werden soll. Wenn man sieht, was in Lituken, Litauen usw. geschehen ist, und was in Flandern nach den Wünschen anderer geschehen soll, so springt die Ähnlichkeit in die Augen. Die Erklärung, die der Reichskanzler kürzlich im Hauptauschluß über den Westen abgegeben hat, war leider nicht so zwingend eindeutig, daß sie nicht zum Schluß so ausgelegt werden konnte, wie etwa die West-Bitowsker Erklärung vom 2. Dezember am 27. Dezember ausgelegt worden ist. Im Ausland glaubt man immer noch an die Absichten der deutschen Regierung auf Belgien, auf Longwy und Brieg, und wir können nach den Erfahrungen, die wir früher gemacht haben, leider nicht ohne weiteres mit absoluter Sicherheit sagen, dieser Glaube sei in jeder Beziehung irrig. Das könnte nur von der Regierung selbst erklärt werden, und wir erwarten eine solche Erklärung, ja, wir mühten sie mit aller Bestimmtheit in der jetzigen Debatte fordern. Der Reichskanzler hat nun gestern und heute erklärt, daß er die von Wilson vorgeschlagenen vier Grundsätze für allgemeine Friedensverhandlungen annimmt, daß er also bereit ist, auf der von Wilson vorgeschlagenen Basis in Friedensverhandlungen einzutreten. Diese Erklärung begrüßen wir aufrichtig. (Lebhafte Zustimmung.) Wie bedeutsam sie ist, wird aber erst dann vollkommen klar, wenn man sich vor Augen hält, was Wilson im unmittelbaren Anschluß an die Aufzählung der von ihm formulierten vier Punkte gesagt hat, nämlich dies:

„Soweit wir das beurteilen können, sind diese Grundsätze, die wir als grundlegend betrachten, schon überall als zwingend akzeptiert, außer von den Wortführern der deutschen Militär- und Annexionspartei. Wenn sie anderwärts verworfen wurden, so sind die Widerstrebenden nicht genügend zahlreich oder einflußreich gewesen, um ihre Stimmen vernehmbar werden zu lassen. Es ist ein trostlicher Umstand, daß diese eine Partei in Deutschland anscheinend willens und fähig ist, Millionen Menschen in den Tod zu senden, um etwas zu verhindern, was alle Welt nun als gerecht ansieht.“

Nun, meine Herren, diese eine Partei, von der Wilson spricht, ist glücklicherweise hierzulande nicht mehr von ausschlaggebender Bedeutung. (Nachen bei den Unabh. Sozialdem.) Der Reichskanzler ist, wie seine gestrige Rede gezeigt hat, nicht gewillt, gegen den Willen des deutschen Volkes Politik mit einer Rinderheit zu machen. Die

eigenartige Vergrüßung des Herrn von Pappe durch die äußerste Rechte kann wohl auch nicht so gedeutet werden, als hätte er sich genügt gezeigt. Konzeptionen nach rechts zu machen. Durch die Annahme der vier Wilsonschen Grundsätze mühte der Reichskanzler für alle Welt auch vollkommen klar gestellt haben, was seine Anforderungen über Belgien und den Westen überhaupt bedeuten. Der Wilsons vier Punkte annimmt, muß selbstverständlich Eroberungs- und Vergewaltigungspläne ablehnen. „Mit Belgien wollen wir“, sagte der Reichskanzler gestern, „in Frieden und Freundschaft leben.“ Das kann man selbstverständlich nur mit einem Volke, dessen Selbständigkeit und Unabhängigkeit sichergestellt ist. Deshalb wollen wir nun heraus erklären: Wie die Flamen und Wallonen sich wegen ihrer politischen Differenzen auseinandersehen oder verständigen wollen, das ist ihre Sache, nicht die unsere. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler hat den Wunsch ausgesprochen, daß eine Aussprache über Belgien im engeren Kreise zustande kommen möge. Dem schließen wir uns an mit dem Erwarten, daß den Gegnern eine Brücke gebaut wird, die tatsächlich zum Frieden führen wird. Wenn es gelänge, zum Frieden zu kommen, ohne daß noch einmal das große Menschenopfer im Westen beginnt — die ganze Welt würde aufatmen. (Sehr wahr!) Tun Sie, was Sie können, Herr Reichskanzler, um hunderttausenden Leben und Gesundheit zu erhalten und den Bürgerkrieg einzudämmen. (Leb. Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Den politischen Kraftmeiern, die am liebsten, meistens freilich nur vom grünen Tisch aus, weil sie reklamieren oder selbst dienstunfähig sind, die ganze Welt erobern wollen, will ich noch folgendes sagen: Sollte ihr ganzes imperialistisches Programm nach Osten und Westen durchgeführt werden, so wäre die Voraussetzung dafür, daß der Westen zu einem gleichen Grade der bedingungslosen Friedensbereitschaft gezwungen wird wie Rußland. In einem Versuch, einen solchen Zwang auszuüben, würde ich eine Kraftprobe sehen, die auch für Deutschland gefährlich ist. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Gefährlich, wenn sie mißlingt, gefährlich aber auch, wenn sie gelingt, denn dann wäre wirklich das Unwahrscheinliche vollbracht, daß der Welt ein Friede nicht nach unserem, aber nach dem Willen der militärischen Gewalthaber aufgezwungen wird. Ich sehe diesen Frieden nicht, aber ich weiß, daß er die Welt auszuheben in ein furchtbares Militärlager verwandelt wird. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Um einen solchen Frieden zu erhalten, mühte unser ausgeblutetes Kriegsmüdes Volk sich aus neuer unter die Last der ungeheuerlichen Forderungen beugen; jeder Mann mühte

gleichsam mit dem Gewehr im Arm schlafen gehen.

Ich frage, wo da das Ideal bliebe, das der Papst in seiner vom Reichskanzler und der Reichstagsmehrheit begrüßten Friedensnote geschilbert hat? Wird der kommende Friede kein wirklicher Friede, sondern nur eine Zeit der Vorbereitung zu neuen Kriegen, dann wird er die bolschewistischen Träume verwirklichen und die Weltrevolution bringen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Sie, meine Herren, mühten das dann nicht hindern können. Es gibt ein Maß von Enttäuschung, das kein Volk ertragen kann. (Sehr wahr! h. d. Sozialdemokraten.) Wir sind überzeugt, die besten Patrioten zu sein, wenn wir davor warnen, nur militärisch und nicht politisch zu denken. (Sehr gut! h. d. Sp.) Kein Staat der Welt, auch der stärkste nicht, kann auf die Dauer ohne Frieden leben.

Wo sind unsere Freunde?

Western sollten es noch die Polen sein, so wurde uns gesagt, aber was ist aus dieser Freundschaft geworden? In Oesterreich-Ungarn herrscht über das neue militärische Vorgehen gegen Rußland das Diktatorium nicht mitmacht, diese Bestimmung. (Hört! hört!) Und die Mehrzahl der Bevölkerung ist und schon ganz offen feindselig gesinnt. Vielleicht wird mir geantwortet: Die militärische Lage ist so glänzend, daß wir das ertragen können. Ja, es wird aber auch eine Zeit geben — manche sehen ihr wohl mit Mißbegnügen entgegen —, wo es überhaupt keine militärische Lage mehr geben wird.

(Schluß in der Beilage.)

